



MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Das medienpolitische Magazin von ver.di



mmm.verdi.de

- Der ÖRR in Europa
Gemeinsame Öffentlichkeit
- Kaum Fachkräfte beim Film
4-Tage Woche als Lösung



EUROPA NACH DEN WAHLEN





Foto: EU/Mauro Bottaro

IM FOKUS: EUROPA NACH DER WAHL

- 6 **EUROPÄISCHER BLICK STATT NATIONALE PERSPEKTIVE**
Von Bärbel Röben
- 10 **„WIR HABEN KEINE ANGST“**
Interview mit Maja Sever, Vorsitzende der europäischen Journalistengewerkschaft EFJ
- 12 **RUNDFUNK, RÄNKE UND REFORMEN**
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa
- 15 **JOURNALISMUS-AUSBILDUNG FÜR EUROPA**
- 16 **ALLES IST EUROPÄISCH**
N-Ost vernetzt
Medienschaffende aus Ost- und Westeuropa
- 18 **DIE EUROPÄISCHEN FACTCHECKER**
- 20 **FAKTEN FÜR FAIRE WAHLEN**
- 21 **BUCHVORSTELLUNG: WURMLOCH BRÜSSEL**
- 22 **DIGITALE SPIELREGELN FÜR EUROPA**
Gesetze und Regelungen der EU

MEDIEN UND RECHT

- 4 **NUR ECHTE PRESSEAUSSCHÜSSE WERDEN ANERKANNT**

MEINUNG

- 5 **FÜR MEHR KONFRONTATION**
Lehren aus der Europawahl

MEDIENWIRTSCHAFT

- 24 **FÜR EINE HANDVOLL DOLLAR**
Der Fachkräftemangel in der Filmbranche

BERUF

- 17 **SCHON ENTDECKT**
Der Volksverpetzer
- 26 **WIE JOURNALISTEN IHRE DIGITALE RESILIENZ STÄRKEN KÖNNEN**
- 27 **AMNESTY INTERNATIONAL**
Aktion für Ahmad Farhan

TARIFE UND HONORARE

- 28 **IM ÖRR STOCKEN DIE TARIFVERHANDLUNGEN TROTZ MASSIVER STREIKS**

VERDI UNTERWEGS

- 30 **TARIFVERHANDLUNGEN**
für Zeitungsjournalist*innen
- NEUE ANLAUFSTELLE**
zum Schutz publizistischer Arbeit
- SCHLICHTUNG SATT STREIK**
bei Cinemaxx

GEDENKEN

- 31 **RAINER HACHFELD**



ALLE PODCASTS UNTER:
[HTTPS://MMM.VERDI.DE/PODCAST/](https://mmm.verdi.de/podcast/)

Medienpolitik in der EU

Europa hat gewählt. Doch was bedeuten die Ergebnisse der Europawahl für die europäische Medienlandschaft und unsere Pressefreiheit? Wir sprachen mit Martina Michels, der ehemaligen medienpolitischen Sprecherin der Linkspartei im Europaparlament.

Cover: M unter Verwendung von
Icons: shutterstock/artco und
123rf/ ihsan nurdiansah



Europa nicht den Leyen überlassen: Eine Koalition zwischen EVP und den Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni sei definitiv eine Option, sagte die Präsidentin im Mai.

Foto: picture alliance/dpa | Arne Dedert

Es ruckt nicht – Es kracht



nach den Europawahlen von einem Rechtsruck zu sprechen, hört sich spektakulär und unerwartet an. Auf einmal ruckt es! Wer hätte das gedacht? Dabei erzielen rechte und rechtsextreme Parteien in Europa seit Jahren hohe Werte. In einigen Ländern regieren sie sogar mit. Insofern können die Ergebnisse der Europawahl (Seite 5) nicht weiter überraschen. Was in der Tat eine qualitative Veränderung konservativer Politik darstellt, kann sich aber Ursula von der Leyen auf die Fahne schreiben. Europa hat sich während ihrer letzten Amtszeit immer weiter nach rechts bewegt. Offenbar wird die menschenfeindliche Politik der Rechten von den EU-Mitte-Parteien nicht nur als Kollateralschaden in Kauf genommen, sondern ist auch Teil einer gemeinsamen Ideologie.

Ebenso die Pressefreiheit wird von den Rechten angegriffen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) steht nicht nur in Deutschland unter starkem Druck. Auch in anderen europäischen Ländern (siehe Seiten 12–14) gibt es Kritik und teils massive Einschränkungen. In sozialen Netzwerken, Foren und auf der Straße entladen Gegner*innen ihre allgemeine Wut auf die „Mainstream-Medien“, denen sie bei der Flüchtlingsberichterstattung, in der Coronapandemie oder im Krieg Russlands gegen die Ukraine Einseitigkeit, Willfährigkeit und Lüge vorwerfen. Mit dem Anwachsen populistischer Bewegungen in Europa hat diese Wut inzwischen eine politische Vertretung gefunden und wird von dieser befeuert.

Wie kann also all diesen Hindernissen zum Trotz eine Europäische Öffentlichkeit (Seite 6) entstehen? Die Frage ist alt. „Das Problem besteht nicht im Mangel an Online-Nachrichten und -Informationen über die EU und ihre Institutionen, sondern eher in einer Vielfalt von Informationen ohne wirkliche Hierarchisierung, was darauf hinausläuft, dass zu viel Information ebenso gut ist wie keine Information.“ Das Zitat stammt aus einer 2010 verabschiedeten Entschließung des Europäischen Parlaments. Damit eine europäische Öffentlichkeit entstehen kann, müsse die EU „die Schaffung grenzübergreifender Medien fördern“, forderten damals die Europaabgeordneten.

Was sich seitdem geändert hat und welche Lichtblicke und Fortschritte es in diesem Dickicht dennoch gibt, lesen Sie in dieser M. Die Redaktion wünscht allen Leser*innen eine spannende Lektüre mit der neuen Europa-Ausgabe und einen angenehmen Sommer.

Julia Hoffmann

verantwortliche Redakteurin

Nur echte Presseausweise werden anerkannt



in Presseausweis vereinfacht den Nachweis journalistischer Tätigkeit. Er ist aber keine Voraussetzung, um eine Person als Journalist*in anzusehen. Sie kann ihre Tätigkeit auch auf andere Weise belegen, beispielsweise mit einer Bestätigung der Redaktion oder der Vorlage von Publikationen, an denen sie mitgearbeitet hat. Dennoch kommt dem bundeseinheitlichen Presseausweis eine besondere Bedeutung zu. Denn der Deutsche Presserat und die Innenministerkonferenz (IMK) haben sich in einer Vereinbarung darauf verständigt, dass nur hauptberufliche Journalist*innen einen bundeseinheitlichen Presseausweis erhalten sollen. Wer nur gelegentlich journalistisch tätig ist oder seinen Lebensunterhalt nicht überwiegend mit einer journalistischen Tätigkeit erzielt, ist nicht zum Erhalt berechtigt.

Strenger Maßstab für den Presseausweis

Die ausgabeberechtigten Verbände, anerkannt ist unter anderem die dju in ver.di, stellen sicher, dass die Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind. Sie haben sich verpflichtet, den Presseausweis nur „nach Prüfung der materiellen Erteilungsvoraussetzungen“ auszustellen. Dabei haben sie, so heißt es in §9 der Vereinbarung, einen „strengen Maßstab“ anzulegen. Welche Verbände zur Ausgabe des Presseausweises berechtigt sind, bestimmt eine vierköpfige Kommission, die paritätisch mit Vertreter*innen des Deutschen Presserats und der IMK besetzt wird.

Die Vereinbarung zwischen dem Presserat und der IMK gewährleistet, dass der bundeseinheitliche Presseausweis von Behörden allgemein akzeptiert wird. Die verlässliche Prüfung der journalistischen Tätigkeit ist der Grund, warum dem Presseausweis ein hohes Vertrauen entgegengebracht wird und entgegengebracht werden kann. Wer den Ausweis hat, ist in jedem Fall als Journalist*in zu behandeln. Wer ihn nicht hat, kann den Nachweis auf andere Weise führen.

Die Anerkennung des bundeseinheitlichen Presseausweises seitens der Behörden ist sinnvoll, denn er erspart hauptberuflichen Journalist*innen, insbesondere solchen ohne feste redaktionelle Anbindung, einigen Aufwand. Zudem bietet er Behörden eine Orientierung. Denn der Begriff „Presseausweis“ ist nicht geschützt und zahlreiche Unternehmen haben aus der Ausgabe von Pseudoausweisen ein gutes Geschäft gemacht. Die von ihnen verkauften Plastikkarten sehen seriös aus und haben einen offiziellen Anstrich. Kontrolliert wird aber in der Regel nicht einmal ansatzweise, ob einer Bestellung auch tatsächlich eine journalistische Tätigkeit zugrunde liegt.

Verständlich ist, dass Unternehmen gerne zur Ausgabe von Ausweisen berechtigt wären, die dem bundeseinheitlichen Presseausweis

gleichgestellt sind. Die Vereinbarung zwischen Deutschem Presserat und IMK schließt es aus, dass Unternehmen letzteren herausgeben, weil nur Verbände mit mindestens 1.000 hauptberuflichen Mitgliedern berechtigt sind, eine Anerkennung zu beantragen.

Einheitliche Kriterien erforderlich

Das Bundesverwaltungsgericht hat dies im vergangenen Jahr bestätigt (BVerwG, Urteil vom 23.11.2023 – 10 C 2.23). Eine Aktiengesellschaft, die ihre Kunden als „Mitglieder“ bezeichnet und bei denen es sich mehrheitlich um nebenberuflich tätige (Fach-)Journalist*innen handelte, beantragte beim Land Nordrhein-Westfalen, die von ihr ausgegebenen „Presseausweise“ in gleicher Weise anzuerkennen wie den bundeseinheitlichen. Nachdem dies abgelehnt worden war, beschritt das Unternehmen den Rechtsweg. Das Ziel des Verfahrens war, so ist zu vermuten, das Ausgabeverfahren für den bundeseinheitlichen Presseausweis insgesamt zu kippen. Die Richter*innen bestätigten hingegen die Praxis und wiesen die Klage in allen Instanzen ab.

Ein Unternehmen, das Presseausweise als Dienstleistung herausgibt, so entschied das Bundesverwaltungsgericht, kann sich nicht auf die Pressefreiheit aus Artikel 5 des Grundgesetzes berufen. Diese Tätigkeit sei nur eine „presseexterne Hilfstätigkeit, die nicht notwendig für das Funktionieren der freien Presse sei. Denn Journalist*innen könnten ihre Tätigkeit eben auch auf anderem Wege belegen. Auch sei die Ungleichbehandlung des klagenden Unternehmens mit den ausgabeberechtigten Verbänden gerechtfertigt. Der bundeseinheitliche Presseausweis könne seine Funktion nur erfüllen, weil er nach einheitlichen Kriterien ausgegeben werde und ein einheitliches Erscheinungsbild habe. Die damit verbundene Vereinfachung des Nachweises journalistischer Tätigkeit stelle sowohl für die Inhaber*innen des Ausweises als auch für Stellen, die den journalistischen Hintergrund eines Besuchs oder Anfragende zu überprüfen hätten, eine „hinreichende Rechtfertigung für die Differenzierung“ dar. Die Belastung des klagenden Unternehmens sei hingegen als gering anzusehen.

Gerade die strenge Prüfung, ob Personen zum Erhalt des bundeseinheitlichen Presseausweises berechtigt sind, sichert also seine Existenz. „Presseausweise“ von Unternehmen, die den hohen Anforderungen nicht entsprechen, müssen daher von Behörden nicht anerkannt werden. Die Vereinbarung zwischen Deutschem Presserat und der IMK lässt eine gewerbliche Ausgabe von Ausweisen zu Recht nicht zu. Denn nur Verbände, in denen sich Journalist*innen organisieren und die frei von Gewinnerzielungsabsichten sind, gewährleisten zuverlässig, dass der hohe Standard des bundeseinheitlichen Presseausweises und damit die Grundlage für seine Ausgabe erhalten bleibt.

Jasper Prigge <<



Jasper Prigge
ist Rechtsanwalt für
Urheber- und Medienrecht
in Düsseldorf

Foto: Kay Herschelmann

Europaabgeordnete
in Straßburg stimmen ab

Foto: EU/Etienne Ansotte



Für mehr Konfrontation

Was Medien aus der Europawahl lernen können

Die Wahlen zum EU-Parlament endeten – nicht unerwartet – in vielen Mitgliedsstaaten mit einem Rechtsruck. In Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, den Niederlanden und anderswo wurden eher euroskeptische, nationalistische, migrationsfeindliche Kräfte der extremen Rechten gestärkt. Auch in Deutschland haben 16 Prozent der Bürger*innen, mehr als sechs Millionen Menschen für die rechtsextreme, völkische AfD gestimmt – trotz NS-Verharmlosungen, China-Spionage und Schmiergeldern aus Russland. Immerhin sorgte die große Protestwelle der letzten Monate, die vielen Demonstrationen für Demokratie dafür, dass die AfD-Ausbeute an den Wahlurnen nicht noch üppiger ausfiel. Noch Anfang des Jahres lagen die Prognosen für die braune Partei bei über 20 Prozent.

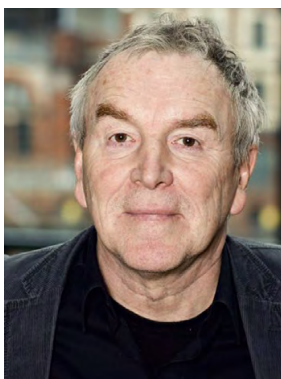
Schon seit geraumer Zeit wächst der Druck rechter und autoritärer Regierungen und Parteien auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gleichzeitig nehmen die – auch physischen – Angriffe auf Medienschaffende in ihrem Berufsalltag zu. Die Funktionäre und Anhänger*innen rechter Parteien dürften sich durch die aktuellen Ergebnisse ermutigt sehen, diesen Druck noch zu erhöhen.

Va-Banque-Politik in Frankreich

In Frankreich hat Präsident Macron angesichts des schlechten Abschneidens seiner Partei für den 7. Juli Neuwahlen ausgerufen. Eine Va-Banque-Politik, die einen Ministerpräsidenten der Partei von Marine Le Pen ins Amt hieven könnte. Auch in Österreich wird im Herbst gewählt: Die rechtsextreme FPÖ könnte dabei ihren Durchmarsch bis ins Kanzleramt fortsetzen. In beiden Ländern haben die Rechten den öffentlich-rechtlichen Sendern den Kampf angesagt. Und in Deutschland dürfte aus den drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September die AfD als stärkste Partei hervorgehen – mit einstweilen unabsehbaren Folgen für die beiden ARD-Sender MDR und RBB.

Auf (uns) Journalist*innen kommt in dieser Krisensituation eine besondere Verantwortung zu. Zu lange wurde die AfD vielfach als „Protestpartei“ verharmlost. Tatsächlich entscheidet sich laut Umfragen die überwiegende Mehrheit ihrer Wähler*innen längst wegen ihrer politischen Forderungen für diese Partei. Die immer noch üblichen Versuche, AfD-Politiker zu „entlarven“, laufen daher meist ins Leere.

Auf die deprimierend hohen Ergebnisse der Rechten bei Erst- und Jungwählern setzen viele Politiker*innen jetzt panisch ihre Social-Media-Teams an. Das wird kurzfristig kaum helfen, dazu wurde diese Zielgruppe von der Politik zu lange ignoriert. Sinnvoll wäre sicher eine bessere Ausstattung öffentlich-rechtlicher Social-Media-Redaktionen. Viele klassische Medien haben aber möglicherweise im Wettbewerb mit den einschlägigen Influencer*innen längst verloren.



Günter Herkel

lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print, Rundfunk und Online

Foto: Jan-Timo Schaub

Neoliberales Geschwätz von rechts

Die AfD, so heißt es jetzt vielfach in publizistischen Abgesängen auf die SPD, sei die neue Arbeiterpartei. Daran ist so viel richtig, dass auch überproportional viele Gewerkschafter*innen ihr Kreuz bei den „gesichert Rechtsextremen“ machen. Das beharrliche Entlarven des „Faschisten Höcke“ juckt diese Kolleg*innen offenbar nicht. Daher bringt es auch wenig, in thüringische Dörfer zu fahren und angewiderte Reportagen über rechtsradikal versifft AfD-Gemeinden zu verfassen.

Wie wäre es stattdessen mit knallharter Konfrontation der Rechten mit ihrer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Programmatik? Egal, ob Mindestlohn, Tarifbindung, Mietpreisbremse oder soziale Sicherheit – wo es um solche Forderungen geht, hat die „neue Arbeiterpartei“ nicht mehr zu bieten als neoliberales Geschwätz. Merke: Um die Furcht vieler Menschen vor sozialem Abstieg aufzufangen, bedarf es zuallererst einer sozialen Politik. Die Verantwortung dafür trägt allerdings die aktuelle Regierung.

Günter Herkel <<

Seit Jahrzehnten berichten Medien über europäische Themen aus der jeweils nationalen Perspektive. Sie vernachlässigen häufig die europäischen Zusammenhänge, die Rolle der EU-Institutionen und die der anderen Mitgliedsstaaten. Das gefährdet die Demokratie, denn rechtsextreme Kräfte werden durch eine solche Berichterstattung gestärkt. Doch es gibt Lichtblicke.



Europäischer Blick statt nationale Perspektive



Von Bärbel Röben

Europa braucht gemeinsame Erzählungen, um endlich zusammenzuwachsen“, konstatierte taz-Autor Alem Grabovac bereits vor zehn

Jahren. Er forderte damals eine gemeinsame Medienanstalt als zentralen Veranstaltungsort, „an dem sprachlich kommunizierte Werte und Normen ausgehandelt werden können“, um die Propaganda rechtsextremer Parteien zu „entzaubern“, die schon damals auf dem Vormarsch in Europa waren. Ähnlich argumentiert nun der Dortmunder Volkswirt und Journalistikprofessor Henrik Müller im Vorfeld der Europawahlen 2024. Journalist*innen sollten parallele Entwicklungen in verschiedenen EU-Ländern im Blick haben. Denn mutmaßlich würden sie von Prozessen getrieben, die Europa insgesamt bewegen. Wer diese Entwicklungen ignoriere, spiele den Nationalpopulist*innen in die Hände.

Feindbild Migration

Der europaweite Rechtsruck hängt nicht nur mit dem Erstarken und der medialen Aufmerksamkeit für Parteien wie der AfD zusammen, sondern auch mit dem rechtspopulistischen Framing politischer Debatten, etwa der über Migration. Das ist eine Folge rechter Themensetzung und völkischer Narrative wie das von der Bedrohung der einheimischen Bevölkerung durch Migrant*innen. „Migration führt die Liste der The-

men an, über die sich Menschen europaweit Sorgen machen“, heißt in einem Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung zu den Europawahlen. Daran habe selbst die Reform des europäischen Asylsystems im April nichts geändert, obwohl die Situation in den einzelnen EU-Staaten recht unterschiedlich ist.

Journalist*innen sollten parallele Entwicklungen in verschiedenen EU-Ländern im Blick haben. ... Wer diese ... ignoriere, spiele den Nationalpopulist*innen in die Hände.

Wie 2020 in der Studie „Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien“ festgestellt wurde, unterscheidet sich auch die Migrationsberichterstattung in den 16 untersuchten europäischen Ländern – nach Region und politischer Tendenz der Print- und Online-Medien. In den deutschen und ungarischen Medien erschienen fast zehnmals so viele Artikel über Flucht und Migration wie in den anderen Ländern. Für Deutschland – ebenso wie für Italien und Griechenland – seien Migration und Flucht auch wichtige Inlandsthemen, in den anderen EU-Staaten fielen sie unter Auslandsberichterstattung. Gemeinsam sei der auf

Abb. M, unter Verwendung von shutterstock/Hermes Furian, Stock-Asso, Khosro, Yuri A, Luis Molinero

Politik fokussierten Berichterstattung europäischer Medien, dass Hintergründe von Flucht und Migration – unterschiedliche Herkunftsregionen und Motive der Menschen – weitgehend ausgespart bleiben.

So kann das „Feindbild Migration“ weiter durch die Medien wabern. Die Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) konstatieren aktuell, Falschinformationen und rassistische Erzählungen „machen Einwanderung zur Bedrohung für die innere Sicherheit, für das Sozialsystem oder „die deutsche Kultur“. Schleichend setzten sich einzelne Falschinformationen zu migrationsfeindlichen Narrativen zusammen – in „sozialen Medien“, aber auch in Talkshow-Formaten oder Artikel-Überschriften etablierter Medien. Die NdM zeigen, an welchen Schlüsselwörtern man einzelne Narrative wie „Geflüchtete ‚verursachen‘ Wohnungsnot“ erkennt und machen den Faktencheck.

Narrative durch europäischen Blick entlarven

Außer dem Hinterfragen von Narrativen ist es wichtig, mit europäischem Blick und grenzüberschreitender Kooperation zu recherchieren, um rechte Doppel-moral zu entlarven. Das demonstriert der Beitrag „Inflation in Europa“, den das Journalist*innennetzwerk „Investigate Europe“ im Mai veröffentlichte. Dort heißt es, Millionen von Menschen seien nach wie vor von der Sorge um Wohnraum, Arbeitsplätze und tägliche Ausgaben geplagt, und rechtsextreme Parteien gehörten zu denen, die diese Ängste im Wahlkampf ansprechen. Das Europäische Parlament wollte im Dezember 2023 eine befristete Krisen-Solidaritätssteuer auf „unangemessene und übermäßige Gewinne“, die zentrale Inflationstreiber sind, unterstützen, doch die Entschließung scheiterte knapp – an den Stimmen von Konservativen und der extremen Rechten – der „Parteien, denen bei den Wahlen im Juni große Gewinne zugetraut“ werden.

Journalismus überschreitet Grenzen

„Angesichts der Europawahlen sind wir der Meinung, dass kritische, grenzüberschreitende Recherchen mehr denn je erforderlich sind, um die Wege der Macht in der EU auszuleuchten und ihre Akteure zur Rechenschaft zu ziehen“, heißt es auf der Website von „Investigate Europe“, das 2016 von acht Journalist*innen aus sieben Ländern gegründet wurde und mittlerweile auf 20 Journalist*innen angewachsen ist, die zahlreiche Medienpartner*innen beliefern.

Je stärker die gegenseitigen Abhängigkeiten in Europa würden, desto gefährlicher sei es, „wenn die Regierungen und in ihrem Gefolge die Medien im nationalen Kontext befangen bleiben“, warnen Harald Schumann und Elisa Simantke von „Investigate Europe“. Als Beispiel nennen die beiden die Eurokrise. Als die



ie Neuen deutschen Medienmacher

Die Neuen deutschen Medienmacher*innen sind ein bundesweites Netzwerk von Medienschaaffenden mit oder ohne Einwanderungsgeschichte.

Sie setzen sich für mehr Diversität in den Redaktionen, für gute Berichterstattung und gegen Hass im Netz ein. Mit unterschiedlichen Projekten, Publikationen und Aktionen informieren sie über diskriminierungsfreie Medienarbeit und empoweren Journalist*innen of Color und mit Einwanderungsgeschichte.

<https://neuemedienmacher.de/verein/>

Überschuldung in den fünf Krisenstaaten bewältigt werden musste, ging es darum, wer die Zeche zahlt: Die Steuerzahler*innen der Eurozone oder die Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die auf der Suche nach höherer Rendite den ungesunden Boom erst finanziert hatten. Diese mussten dann aber für ihre Fehlinvestitionen nicht haften, weil sie „system-relevant“ waren. Also wurde die Haftung auf die Bevölkerung aller Euroländer umgelegt. Diesen Zusammenhang hätten jedoch alle deutschen Qualitätsmedien von der Tagesschau bis zur Süddeutschen Zeitung weitgehend ignoriert. Stattdessen beteiligten sie sich an einer „einzigartigen Rufmordkampagne“ gegen die griechische Regierung, die angeblich bei der Kontrolle ihrer Staatsausgaben versagt hatte, kritisieren Schumann und Simantke.

Unabhängigen europäischen Journalismus fördern

Wie wichtig es ist, dass Journalist*innen nicht unkritisch interessengeleitete Narrative wiedergeben, sondern ihre Wächterfunktion wahrnehmen, demonstrierten die beiden am Beispiel des Gesetzes gegen die Steuervermeidung transnationaler Konzerne. Bereits 2015 wollte die EU-Kommission die Unternehmen mit dem Gesetz zwingen, ihre Steuern dort zu zahlen, wo sie die Gewinne erwirtschaften – und nicht in Steueroasen wie Irland, Luxemburg, den Niederlanden oder in der Karibik. Doch der Vorschlag wurde jahrelang im Rat von einer Sperrminorität von 13 Staaten blockiert – von Deutschland, aber auch anderen Ländern, die unerwähnt blieben. Erst als der grüne EU-Parlamentarier Sven Giegold zusammen mit „Investigate Europe“ öffentlich machte, dass auch die Sozialdemokraten aus Portugal und Schweden entgegen ihrer programmatischen Versprechungen das Spiel der

„... wichtig, mit europäischem Blick und grenzüberschreitender Kooperation zu recherchieren, um rechte Doppel-moral zu entlarven

Foto: 123rf/Sviatlana Zykava



I

Investigate Europe

Investigate Europe ist die erste europäische Journalistengengenossenschaft. Das Team recherchiert hinter den Kulissen der Institutionen und enthüllt, welche Akteure und Interessen hinter den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der Europäischen Union und ihrer Partnerländer stehen und wer die Verantwortung trägt. Die Ergebnisse veröffentlichen sie gemeinsam mit Medienpartnern europaweit.

<https://www.investigate-europe.eu/de/about>

E

-Learning Plattform COPE zur Berichterstattung über die EU-Kohäsionspolitik

In den vergangenen Jahren hat das COPE-Konsortium unter Leitung von Prof. Susanne Fengler und Isabella Kurkowski am Lehrstuhl Internationaler Journalismus, eine E-Learning-Plattform für alle 27 EU-Staaten entwickelt – Journalismusstudierende in ganz Europa können hier die Berichterstattung über EU-Themen erlernen.

Die E-Learning Plattform COPE – das Kürzel steht für Covering Cohesion Policy in Europe – richtet sich an Journalismus-Institute in ganz Europa sowie an Redaktionen und einzelne Journalist*innen, die nach Weiterbildungsmöglichkeiten suchen.

„Gefragt ist eine Initiative des Europäischen Parlaments zur Einrichtung einer öffentlich-rechtlich strukturierten Grundfinanzierung für EU-Journalismus“

Konzernlobby spielten, musste Portugals Wirtschaftsminister auf Druck seiner Parteifreund*innen seine Position ändern. Das österreichische Parlament folgte und im Mai 2021 wurde das Gesetz endlich verabschiedet.

Man solle einen öffentlich-rechtlich finanzierten europäischen Journalismus entwickeln, so Schumann und Simantke. Die EU-Kommission fördert seit September 2022 den European Newsroom (enr), ein Gemeinschaftsprojekt von 18 europäischen Nachrichtenagenturen. Diese wollen die Kooperation zwischen ihren internationalen Agentur-Korrespondent*innen bei EU-Themen stärken. Doch die beiden „Investigate-Europe“-Journalist*innen sind skeptisch. Diese Abhängigkeit vom Wohlwollen der Geldgeber erzeuge „zwangsläufig Beißhemmung“. Die Finanzierung müsse deshalb unabhängig von der Exekutive und der Politik erfolgen.

Gefragt sei eine Initiative des Europäischen Parlaments zur Einrichtung einer öffentlich-rechtlich strukturierten Grundfinanzierung für EU-Journalismus. Ziel müsse es sein, unabhängige Journalist*innen auszubilden und zu finanzieren, die dann in ihren jeweiligen Ländern europäisch berichten und so „die rückständigen Medien für Europa öffnen“.

Inzwischen entwickelten Universitäten aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten unter Federführung der TU Dortmund die E-Learning Plattform COPE zur Berichterstattung über die EU-Kohäsionspolitik (s. Kasten oben), die online frei zugänglich ist. 2022 hatten der Mediendienst Integration und die TU Dortmund bereits einen Onlinekurs erarbeitet zu „Medien-Migration-Integration“ (<https://medien-migration-integration.de/>).

Bärbel Röben <<



Foto: Patrik Maček

„Wir haben keine Angst“

M | Nach der Europawahl sprechen wir wieder vermehrt über europäischen Journalismus. Gibt es den denn überhaupt?

Maja Sever | Die meisten unserer Kolleg*innen in ganz Europa haben ein gemeinsames Ziel: die Sicherung und Stärkung eines professionellen, unabhängigen Qualitätsjournalismus. Ob in Kroatien, in den Niederlanden oder in Deutschland – als professionelle Journalist*innen haben wir unsere Regeln und unseren Kodex, der überall und für alle gilt, auch außerhalb Europas. Was es aber gibt, das sind nationale Unterschiede hinsichtlich der Medienumgebung und des Schutzniveaus für Journalist*innen. Unabhängige Journalisten in Serbien sind sehr viel mehr Druck und physischen Angriffen ausgesetzt als ihre Kolleg*innen in Schweden.

Wie kam es dazu, dass Sie sich so stark für die sozialen und beruflichen Rechte von Journalisten einsetzen?

Bis 2017 arbeitete ich als Redakteurin und Moderatorin der gesellschaftskritischen Fernsehshow „Hrvatska uživo“ (deutsch: Kroatien Live). Nach 14 Jahren guter Einschaltquoten wurde die Sendung von der Geschäftsführung plötzlich abgesetzt. Diese Entscheidung war ein Zensurversuch, gegen den meine Kolleg*innen und ich lautstark demonstriert haben – leider vergeblich. Das hat mich zu meinem ehrenamtlichen Engagement in der SNH und der EFJ motiviert.

Vor welchen geteilten Herausforderungen stehen europäische Journalist*innen?

Die EFJ hat sich in den letzten Jahren stark für eine bessere europäische Gesetzgebung eingesetzt. Inzwischen gibt es die Copyright Directive, den Digital Services Act, den Artificial Intelligence Act, die Anti-SLAPP Directive, den European Media Freedom Act und die Empfehlung zum Schutz der Sicherheit von Journalisten. Nun üben wir Druck auf die nationalen Behörden aus, damit die Gesetze in den Ländern auch umgesetzt werden. Dafür fehlt nach wie vor ein effektiver Mechanismus.

Sehr wichtig ist es für Partnerschaften und Netzwerke vor Ort. Wir kommen in Redaktionen und Büros, um mit den Menschen an konkreten Themen zu arbeiten. So etwa, wenn keine Gehälter bezahlt werden, wie das kürzlich beim nationalen Radio und Fernsehen in Bosnien-Herzegowina^[1] war. Wenige Tage nach unserem Besuch und unserem Brief an hochrangige Politiker konnte eine Einigung erzielt werden. Das Problem mit den Gehältern wurde vorübergehend gelöst, tiefgreifende Probleme bleiben aber bestehen.

Im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) hat die EFJ die Kampagne „Journalismus als öffentliches Gut“ gestartet. Was genau wollen Sie erreichen?

Von den zukünftigen Parlamentarier*innen fordern wir, dass sie sich weiterhin für den Schutz des Journalismus als zentralem Pfeiler der Demokratie stark machen. In unserem Manifest^[2] betonen wir daher die Notwendigkeit, unter anderem für unsere Sicherheit zu sorgen, für eine Regulierung von generativer Künstlicher Intelligenz, für gut geregelte Beziehungen zu den großen Technologieunternehmen, für

M

Maja Sever ist eines der bekanntesten Gesichter des kroatischen Journalismus. Seit 2019 steht sie an der Spitze der Union kroatischer Journalisten (SNH) und seit Juni 2022 ist sie Präsidentin der Europäischen Journalisten-Föderation (EFJ).

Mit fast drei Jahrzehnten Erfahrung baute Sever ihre Karriere beim kroatischen Fernsehen auf. Sie ist vor allem für ihr bürgerschaftliches Engagement bekannt und hat in den letzten Jahren zahlreiche Auszeichnungen erhalten: „Journalistin des Jahres“ im Jahr 2018, „Pride of Croatia“ im Jahr 2019 für ihr humanitäres Engagement, „Courageous woman“ im Jahr 2021 für ihren Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter und zur sozialen Gerechtigkeit.

Mit M sprach sie über europäischen Journalismus, Gewerkschaftsarbeit und die Gefahren des Berufes.

eine faire Vergütung und die Wahrung von Autorenrechten. Unsere nationalen Mitgliedsorganisationen haben wir aufgefordert, Wahlempfehlungen für Kandidat*innen auszusprechen.

Die EFJ vertritt über 320.000 Journalist*innen aus 73 Mitgliedsgewerkschaften und 45 Ländern. Große Unterschiede gibt es mitunter auch unter den Journalist*innen: zwischen Freiberuflern und Festangestellten etwa, zwischen den Geschlechtern oder zwischen disparaten Arbeitsbereichen von Kriegsberichterstattung bis Literaturkritik. Wie berücksichtigt die EFJ diese Unterschiede und Ungleichheiten?

Die Unterschiede sind zum Teil wirklich krass. In Bosnien-Herzegowina etwa arbeiten sogar die festangestellten Mitarbeiter*innen des nationalen Radio und Fernsehens ohne Sozial- und Krankenversicherung. Ein weiteres Beispiel: Vor zwei Jahren hat die Europäische Kommission eine Richtlinie für Freiberufler*innen veröffentlicht, die es ermöglichen soll, Tarifverträge auszuhandeln. Das ist ein klarer Fortschritt. Doch in Kroatien lässt sich die Richtlinie momentan nicht umsetzen, weil Freiberufler in der nationalen Gesetzgebung nicht anerkannt werden.

Trotz dieser zum Teil eklatanten Unterschiede können und sollten wir zusammenarbeiten. Die EFJ hat daher Expertengruppen geschaffen, zum Beispiel zu Arbeitsrechten oder Gender-Fragen. In diesen Gruppen engagieren sich Menschen aus ganz Europa, mit unterschiedlichen Ressourcen und Kapazitäten. Deren Wissen und Erfahrung brauchen wir – ob festangestellt oder frei ohne Absicherung, Theaterkritiker oder Kriegsreporter. Was eint uns eint ist die Erfahrung mit Drohungen, Angriffen und Hassrede. Leider verlassen viele Menschen den Journalismus, weil sie nicht wissen, wie sie mit all diesen Angriffen umgehen sollen. Die Förderung von Sicherheit ist daher eine der Prioritäten in unserer Arbeit.

Viele Journalist*innen verbinden mit ihrem Beruf individuelle Selbstverwirklichung und politische Einflussmöglichkeiten. Dafür sind Sie bereit, einen hohen Preis zu bezahlen – manchmal sogar bis zum Burnout. Ist die Förderung von psychischer Resilienz und Mental Health ebenfalls Thema bei der EFJ?

Auch verstärkt von der Covid-Pandemie wurde Mental Health für die EFJ zu einem immer wichtigeren Thema. So etwa die Herausforderung, beim mobilen Arbeiten oder im Home Office ein gesundes Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu finden. Zudem sind wir Mitglied in einem Projekt, das angegriffenen Journalist*innen Ressourcen für Rechtshilfe und Gesundheit bereitstellt. Aktuell arbeite ich in Kroatien sowie auf europäischer Ebene daran, zusammen mit den Medienhäusern einen Weg zu finden, ein System für psychologische Hilfe zu schaffen. Die Gewerkschaften und Verbände haben oft nicht die Mittel dafür, ohnehin liegt der Schutz der psychischen Gesundheit auch in der Verantwortung der Arbeitgeber.

Journalist*innen arbeiten häufig jedoch als Einzelkämpfer – nicht zuletzt wegen der starken Konkurrenz im Berufsfeld. Wie schwer ist es, Journalist*innen für die Gewerkschaftsarbeit zu begeistern?

Themen wie der Schutz vor Angriffen betreffen uns alle. Allein gegen all diesen Druck zu kämpfen ist unmöglich. Die Gewerkschaften müssen vermitteln, wie wichtig es ist, sich zusammenzuschließen. In einigen Ländern, darunter auch in Kroatien, müssen die Gewerkschaften modernisiert und in der Wahrnehmung der Menschen von den Lasten der Vergangenheit befreit werden, als sie noch mit dem staatlichen System verbunden waren. Für die EFJ und die SNH ist es daher wichtig, zu zeigen: Wir sind für die Menschen da, treten mit

ihnen Kontakt und leisten tatkräftige Unterstützung. Dabei kann ich immer auch von eigenen Erfahrungen als Zielscheibe von Politikern berichten.

Jüngeren Generationen beginnen ihr Berufsleben mit einer anderen Mentalität und anderen Zielen als die Baby-Boomer, die sich aktuell noch in den meisten Machtpositionen befinden und als Gatekeeper fungieren. Macht das Alter einen Unterschied bei der gewerkschaftlichen Organisierung?

In vielen Bildungssystemen Europas wird Idee der Konkurrenz als zentraler Wert vermittelt. Solidarität hingegen bleibt häufig auf der Strecke. Wenn die jüngeren Generationen ins Berufsleben einsteigen, agieren sie häufig recht kompetitiv. In den Redaktionen erhalten sie das niedrigste Gehalt und müssen häufig ohne Unterstützung von älteren Kolleg*innen zurechtkommen. Irgendwann werden sie merken, dass sie allein nicht gut kämpfen können. Wir sind dann da – nicht um die jungen Kolleg*innen zu bevormunden, sondern um ihnen zuzuhören und ihre Probleme besser zu verstehen.

Wir brauchen einander nicht nur, um unsere Mitgliederzahlen zu erhöhen. Sondern auch, weil wir Älteren von den Jüngeren lernen können, etwa beim Umgang mit neuen Technologien oder mit ihrem Blick auf unsere zum Teil wirklich altmodischen Medienhäuser. Daher müssen wir unsere Türen für die Ideen und Perspektiven der jungen Journalist*innen öffnen und sie als gleichberechtigt respektieren.

Von etablierten Journalist*innen wird beklagt, dass die Grenze zwischen unabhängigem Journalismus und politischem Aktivismus immer stärker zu verschwimmen droht. Teilen Sie diese Sorge?

Meine Arbeit begreife ich nicht als Job, sondern als Berufung, als Auftrag. Weil ich hoffe, damit einige Dinge zum Besseren zu verändern. Dem Agieren als Aktivistin stehen jedoch unsere professionellen Standards entgegen. Dazu gehören das Fact-Checking, eine möglichst objektive Berichterstattung und das Befolgen unserer Berufsethik^[3], wie sie etwa in der Globalen Charta der Ethik für Journalisten der International Federation of Journalists (IFJ) festgelegt wurde. Als Journalist*innen sollten wir aber auch selbstkritischer sein. Wir müssen auch unseren Teil dazu beitragen, das Vertrauen in den professionellen Journalismus wiederherzustellen. Ein starker, unabhängiger Journalismus ist elementar für unsere Demokratie. Angesichts der Verschiebung des Kräfteverhältnisses im EP nach Rechtsaußen dürfte das in Zukunft aber leider noch schwieriger werden.

Schon im EP-Wahlkampf konnten wir beobachten, dass Journalist*innen nach wie vor ein beliebtes Ziel sind für Politiker, die systematisch versuchen, Misstrauen zu schaffen. Als EFJ sind wir deswegen sehr besorgt. Wir haben aber keine Angst, weil wir unsere Ziele klar benannt haben und dafür kämpfen werden. Dazu gehört auch, dass die guten Gesetze, die in der letzten Zeit verabschiedet wurden, auf nationaler Ebene auch wirklich umgesetzt werden. Und dass Journalismus als öffentliches Gut anerkannt wird.

Till Schmidt <<



ußnoten fürs Weiterlesen

Fußnote 1 – <https://kurzlinks.de/1bh>

Fußnote 2 – <https://kurzlinks.de/2md>

Fußnote 3 – <https://kurzlinks.de/3rp>

Rundfunk, Ränke und Reformen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa – Strukturen im Wandel

Als die britische BBC 1922 als *British Broadcasting Company* begann, galt sie als erste öffentlich-rechtlich organisierte Rundfunkanstalt. Die meisten Länder Europas haben heute einen öffentlich-rechtlichen oder ähnlich gestellten Rundfunk. Doch in ganz Europa gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk zunehmend unter politischen Druck. Wir werfen einen Blick in einige Länder der EU.

Slowakei

Das slowakische Parlament hat die Rundfunkgebühren im Jahr 2022 abgeschafft und durch eine ab Juli 2023 jährlich neu festzulegende staatliche Direktzahlung ersetzt. Schon früher hatte es heftige Debatten über wiederholte politische Einflussnahme vor allem auf die Gestaltung der Nachrichtensendungen von RTVS gegeben. Mitte November 2022 wurde das Führungsteam der TV-Nachrichten abgesetzt. Anlass war eine Liveübertragung vom Smer-Parteitag der größten Oppositionspartei, bei dem damalige Oppositionsführer Robert Fico die militärische Unterstützung der Regierung für die Ukraine kritisiert hatte.

Die slowakische Regierung hat eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems beschlossen. Danach soll der Sender RTVS aufgelöst und durch ein neues Unternehmen namens STVR ersetzt werden. Die Dreiparteien-Regierung unter dem links-populistischen Ministerpräsidenten Robert Fico nahm den umstrittenen Gesetzesvorschlag der nationalistischen Kulturministerin Martina Simkovicova im April dieses Jahres an. Schon Mitte März hatten Tausende Menschen in den beiden größten Städten Bratislava und Kosice gegen die drohende RTVS-Auflösung protestiert. Auch internationale Medienorganisationen, die Europäische Rundfunkunion EBU und die EU-Kommission kritisierten die Pläne der Regierung. Den endgültigen Beschluss kann nur das Parlament fassen.

JuH <<

Polen

Seit 1925 wird in Polen das Hörfunk- und seit 1952 das Fernsehprogramm ausgestrahlt. Das Monopol des staatlichen Rundfunks wurde 1987 von einem lokalen Kabelfernsehsender gebrochen. Etwas später, im Jahr 1990, nahm der erste private Hörfunksender seinen Betrieb auf. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird vom polnischen Fernsehen *Telewizja Polska* (TVP) veranstaltet. TVP sendet zwei nationale Vollprogramme (TVPI und TVP2) und weitere Spartenkanäle. Die Rundfunkgebühr in Polen beträgt ca. 6,31 Euro im Monat pro Haushalt. Haushalte, die nur ein Radio besitzen, zahlen pro Monat ca. 2,01 Euro.

Nach dem Machtwechsel von der nationalkonservativen PiS-Partei von Jaroslaw Kaszinski zu der neuen Mitte-Links-Regierung von Donald Tusk im vergangenen Jahr ließ dieser die alten TVP-Chefs aus dem Sender entfernen. Das sorgte für viel Protest und eine zeitweise Besetzung des TVP-Gebäudes in Warschau durch PiS-Politiker*innen und PiS-treue Journalist*innen. Der Umbau und die inhaltliche Neuausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählt zu den Prioritäten der Regierung von Donald Tusk. Er wirft den Medien vor, sie hätten in den vergangenen acht Jahren unter der nationalkonservativen PiS-Regierung Parteipropaganda verbreitet. Der Prozess des Umbaus ist in Polen und der EU umstritten.

JuH <<

Wo ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch gebührenfinanziert?

Mitglieder der European Broadcasting Union, die (keine) Rundfunkgebühren erheben

- Gebühren
- Gebühren zwischen 2009 und 2023 abgeschafft
- Keine Gebühren / Gebühren vor 2009 abgeschafft

(Quellen: European Broadcasting Union, Statista-Recherche
Stand Sept. 2023, Abb: [M] statista)

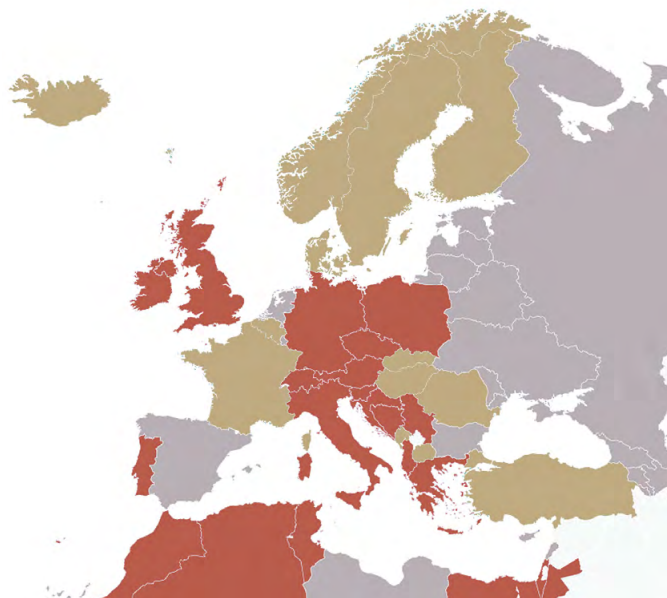


Foto: 123rf/
Sviatlana Zykava

Österreich

In Österreich tobt seit Jahren ein Streit um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen ORF. Erst zum 1. Januar 2024 wurde die bisherige geräteabhängige ORF-Gebühr (GIS) für Radio und Fernsehen von der ORF-Haushaltsabgabe ersetzt. Diese beträgt 15,30 Euro monatlich und liegt damit etwa um ein Drittel niedriger als die GIS. Mit der Reform entfällt die bisherige Gebührenfreiheit bei alleiniger Streamingnutzung, gegen die der ORF beim Verfassungsgerichtshof geklagt hatte. Auch entfallen bisherige Bundesabgaben, Mehrwertsteuer und GEZ-vergleichbare Haushaltskontrollen.

Im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen fiel Österreich um drei Plätze auf Rang 32. Gründe dafür sind zunehmende Angriffe auf Journalist*innen und die ausstehende ORF-Gremienreform. Dabei geht es vor allem um allzu großen Einfluss der Politik auf den Sender. Der nationale Verfassungsgerichtshof verlangt neue regierungsunabhängigere Regelungen für den ORF und seine Gremien. Unter anderem erwartet er, dass Regierungen ihre ORF-Stiftungsräte nicht direkt nach Wahlen austauschen können. Außerdem sollen die Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen mindestens ebenso viele Mandate im Stiftungsrat erhalten wie die Regierung.

Stiftungsräte stellt der ORF-Zentralbetriebsrat. Vorsitzender ist seit Mai 2022 der von den Grünen entsandte Lothar Lockl. Der Stiftungsrat wählt den Generaldirektor, kann diesen mit 2/3 Mehrheit wieder abwählen und trifft Personalentscheidungen. Auch setzt er das Programmengelt und die Werbepreise fest.

Mitte Mai appellierte der ORF-Redaktionsausschuss an die Bundesregierung, die vom Verfassungsgerichtshof verlangte Reform des ORF-Gesetzes umzusetzen – „mit einer echten Entpolitisierung der Gremien“. Das neue Gesetz müsse „politische Unabhängigkeit sicherstellen“. Amtierender ORF-Generaldirektor ist seit 2022 Roland Weißmann, vor allem dank der von den Regierungsparteien ÖVP und den Grünen angeführten Mehrheit im Stiftungsrat. Die rechtsextreme FPÖ will den ORF-Beitrag abschaffen und durch eine Budgetfinanzierung aus Steuereinnahmen ersetzen – bei gleichzeitiger Kürzung des ORF-Budgets auf einen „Grundfunk“. In Meinungsumfragen liegt sie derzeit an der Spitze. Sollte die FPÖ bei den im Herbst fälligen Nationsratswahlen tatsächlich stärkste Kraft werden, droht dem ORF der Kahlschlag.

Günter Herkel <<

Lettland

Latvijas Televīzija und Latvijas Radio, das lettische Fernsehen und Radio, bilden den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dem baltischen Land mit 1,9 Millionen Einwohner*innen. Bereits seit einigen Jahren kooperieren TV und Radio mit dem Online-Newsportal „LSM“. Darüber hinaus gibt es eine Reihe privater Medien. Von besonderer Relevanz sind etwa das Online-Medium „Delfi“, eine der beliebtesten Nachrichtenseiten im Baltikum, und das Investigativportal „Re:Baltica“, das sich über Spenden und Stipendien finanziert und seine Recherchen anderen Medien kostenfrei zur Verfügung stellt.

Viele lettische Medien veröffentlichen nicht nur auf Lettisch und Englisch, sondern auch auf Russisch. Es ist ein Angebot an die vielen russischsprachigen Menschen, die in dem Land leben. In ganz Lettland sind es etwa 30 Prozent, in Daugavpils, der zweitgrößten lettischen Stadt, um die 80 Prozent. Doch spätestens seit der russischen Invasion in der Ukraine wird der Einfluss des Russischen zunehmend zurückgedrängt. Das betrifft auch die Medien.

Im vergangenen Jahr hat das lettische Parlament dem neuen Nationalen Sicherheitskonzept zugestimmt. Es sieht vor, dass der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk ab 2026 Inhalte nur noch auf Lettisch und „in Sprachen, die zum europäischen Kulturraum gehören“ veröffentlichen soll. Für russischsprachige Inhalte soll es keine Gelder mehr geben. Daran gibt es massive Kritik, unter anderem von Kulturministerin Agnese Logina. Sie betont, dass seriöse Medieninhalte auf Russisch ein wichtiges Mittel gegen kriegsgesteuerte Desinformation seien. Auch Reporter ohne Grenzen kritisiert in seinem aktuellen Index der Pressefreiheit: Der „Zugang zu zuverlässigen und pluralistischen Informationen, insbesondere für die russischsprachige Bevölkerung, ist ein echtes Problem“. Der ÖRR in Lettland erlebte zuletzt größere Veränderungen: Seit 2021 zeigen die öffentlichen Medien keine Werbung mehr, die Regierung hatte den Ausstieg aus dem Werbemarkt im Jahr zuvor beschlossen. Im kommenden Jahr soll die Fusion des öffentlich-rechtlichen lettischen Fernsehens mit dem Radio wirksam werden. Der Entscheidung ging eine langjährige Debatte voraus, die lettische Radiogewerkschaft hatte sich öffentlich gegen den Schritt ausgesprochen, weil sie fürchtet, dass die Rundfunkgelder künftig vor allem dem Fernsehen zugutekommen.

In Lettland gibt es keine Rundfunkgebühren, das Geld kommt direkt vom Staat. Nach Angaben von „LSM“ stehen dem ÖRR in Lettland im Jahr 2024 etwas mehr als 47,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Sarah Schaefer <<

Frankreich

Vor der Wiederwahl im April 2022 hatte Frankreichs Präsident Macron eine Generalreform für die Sender propagiert und angekündigt, „eine Art französische BBC“ schaffen zu wollen. Debattiert wurde unter anderem eine Fusion von France Télévisions und Radio France mit dem Ziel, die digitale Präsenz der Gruppe massiv auszubauen. Eine gemeinsame Redaktion und Newsplattform der Beschäftigten von Radio und TV, so das Kalkül, könne mehr Schlagkraft gegenüber Netflix & Co. entfalten.

Im Mai dieses Jahres präsentierte die Regierung einen Gesetzentwurf der neuen Kulturministerin Rachida Dati. Demnach sollen nicht nur France Télévisions und Radio France, sondern auch France Médias Monde (= Radio France Internationale und France 24) und das Rundfunkarchiv INA bis 2025 in eine gemeinsame Holding überführt werden. Noch ehe die Nationalversammlung darüber beraten konnte, traten die Gewerkschaften Ende Mai in einen zweitägigen Streik. Mitarbeiter*innen argwöhnten, dass es bei dem Fusionsprojekt vor allem um Einsparungen mit Auswirkungen auf ihre Jobs gehe. Betroffen von den Plänen sind rund 16.000 Beschäftigte. Aufgrund ihres Widerstands wurden die parlamentarischen Beratungen vorerst vertagt. Parallel zu seinem Staatsbesuch in Deutschland kündigte Macron an, den deutsch-französischen Kulturkanal ARTE zu einer gemeinsamen „europäischen Plattform“ auszubauen zu wollen.

138 Euro jährlich zahlte bis 2023 jeder Haushalt, der über ein Fernsehgerät verfügte. Erhoben wurde die Gebühr gemeinsam mit der Wohnsteuer. Der reine Radioempfang war gebührenfrei. Inzwischen hob die Nationalversammlung mit den Stimmen der Mitte- und Rechtsparteien die Rundfunkgebühr zeitgleich mit der Abschaffung der Wohnsteuer für Hauptwohnsitze auf. Verkauft wurde der Bevölkerung die Einlösung dieses Wahlkampfversprechens von Präsident Macron als „Stärkung der Kaufkraft“ in schwierigen Zeiten. Eine Mogelpackung, kritisierte seinerzeit die Linke, die gegen die Abschaffung gestimmt hatte. Zu Recht. Denn tatsächlich wurden die Kosten für den Rundfunkempfang einfach verlagert.

Seit 2023 werden das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen aus der Mehrwertsteuer finanziert. Aktuell beträgt das Budget von France Télévisions 2,6 Milliarden Euro (gegenüber 2023 ein Plus von sechs Prozent. Das von Radio France liegt bei 653 Millionen Euro (plus fünf Prozent).

Über den Staatshaushalt, argumentieren die Kritiker*innen, habe die Regierung direkteren Einfluss auf die Sender als bislang. Die Opposition favorisiert demgegenüber ein unabhängiges Gremium, vergleichbar mit der deutschen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Macron stellte in Aussicht, das Budget künftig über einen mehrjährigen im Haushalt festgelegten Finanzierungsplan abzusichern.

Aus deutscher Perspektive kurios: Ein klar definierter Programmauftrag - analog zum deutschen Rundfunkstaatsvertrag - existiert in Frankreich nicht. Allerdings gibt es Programmauflagen oder Quotenregeln, die einen bestimmten Anteil französischer Musik, Filme und Produktionen vorschreiben. Dabei geht es aber weniger um Qualität als um die Förderung der nationalen Kulturindustrien.

Günter Herkel <<

Italien

Anfang Mai reichte es der Belegschaft der RAI. 75 Prozent der Journalist*innen des öffentlich-rechtlichen Senders Italiens traten in den Streik, um gegen die „erdrückende Kontrolle“ der rechtsgerichteten Regierung von Georgia Meloni zu protestieren. Angeführt wurde die Aktion von Usigrai, dem größten Gewerkschaftsverband der RAI-Journalist*innen. Der Protest richtete sich gegen Versuche der Politik „die RAI in ein Sprachrohr der Regierung zu verwandeln“. Der Streik zeigte Wirkung. Bis auf ein Notprogramm fielen die meisten Nachrichtensendungen aus.

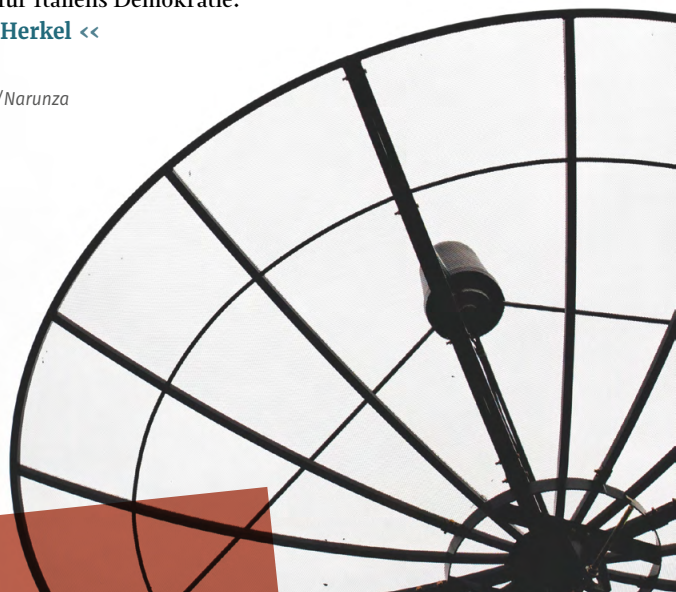
Die RAI-Spitze konterte: Der Streik sei „ideologisch und politisch motiviert“. Der Vorwurf einer „Zensur“ sei unhaltbar. Politische Einflussnahme auf die RAI ist allerdings ein Dauerproblem in Italien, nicht erst seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Meloni und ihrer als postfaschistisch klassifizierten Partei Fratelli d'Italia im Herbst 2022. Spitzenposten werden stets von den jeweiligen Regierungen an Vertrauensleute vergeben, die vom Parlament und der Regierung ernannten Mitglieder des Verwaltungsrats gleichfalls nach Parteizugehörigkeit ausgewählt.

Unter Meloni verstärkte sich diese Praxis. Seit ihrem Amtsantritt haben mehrere hochrangige Führungskräfte und Starmoderatoren die RAI wegen angeblicher Einmischung der Regierung in ihre Arbeit verlassen. Unter anderem verlor der renommierte Mafia-Experte Roberto Saviano seine Sendung. Zuletzt zog die RAI-Spitze wegen der kurzfristigen Ausladung des Schriftstellers und Mussolini-Experten Antonio Scurati von einer politischen Talkshow massive Kritik auf sich. Er hatte am 25. April, dem Nationalfeiertag und Tag der Befreiung vom Faschismus, eine Rede halten sollen. Scurati war schon länger Ziel verbaler Attacken aus Melonis Partei gewesen.

Das „schwarze Herz“ der RAI, so schrieb der Publizist Georg Seeßlen unlängst im „Freitag“, werde vom „Trio Nero“ gebildet, drei Meloni-Gefolgsleuten, die die „Umgestaltung der RAI zu einem postfaschistischen Propagandamedium mit einer bemerkenswerten Zähigkeit und Offenheit betreiben“. Unterhaltungschef Angelo Mellone, Nachrichten-Chefredakteur Nicola Rao und Generaldirektor Giampaolo Rossi. Letzterer gilt als Schlüsselfigur, ist „bekennter Freund von Orban und Putin“, und militanter Covid-Leugner. Feministinnen sind für ihn laut Seeßlen „zum Kotzen“ und „Blödheit in Frauenkleidern“. Partisan*innen, die gegen Mussolini und die deutschen Faschisten operierten sieht er als „Monster, die zu Helden erklärt wurden“. Trübe Aussichten für Italiens Demokratie.

Günter Herkel <<

Abb: 123rf/Narunza



Journalismus-Ausbildung für Europa

Mit einem Kodex und internationalen Kollaborationen

Europäische Journalist*innen sollen stärker grenzüberschreitend zusammenarbeiten und ihre Berichterstattung über EU-Themen professionalisieren. Dieses Ziel verfolgt eine E-Learning-Plattform für Medienschaffende und Journalismusstudierende, die unter Federführung der TU Dortmund von Universitäten in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten entwickelt wurde und jetzt online ist.

Die E-Learning Plattform COPE – Covering Cohesion Policy in Europe – richtet sich an Journalismus-Institute sowie an Redaktionen und einzelne Medienschaffende in ganz Europa, die nach Weiterbildungsmöglichkeiten suchen. Der Online-Kurs vermittelt Informationen über die Europäische Union, ihre Institutionen und Kohäsions- bzw. Regionalpolitik. Er soll dazu beitragen, die Politikgestaltung in Europa zu verstehen und relevante Daten und Quellen zu nutzen. Das Besondere sei, dass die Kursteilnehmenden durch länderspezifisch differenzierte Module „die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse in den einzelnen EU-Staaten kennenlernen“, betont Isabella Kurkowski, Leiterin des COPE-Projekts, im Gespräch mit M.

Die TU Dortmund startete das Projekt im Januar 2023 zusammen mit fünf weiteren Universitäten in Europa und zwei NGOs – der Journalismusinitiative für grenzüberschreitende Kooperation ARENA und der European Journalism Training Association EJTA. Zunächst wurden mittels einer Umfrage Journalismus-Lehrpläne von 36 europäischen Universitäten analysiert. Ergebnis: In nur zwei Dritteln der Curricula tauchen EU-Themen auf. Davon behandeln nur 70 Prozent EU-Institutionen, nur die Hälfte ökonomische Themen und mit einem Viertel sei die EU-Kohäsionspolitik nur „eine Randerscheinung“ gewesen.

Von Kühen bis Kohäsion

COPE setzt bei diesen Leerstellen an. Die Regionalpolitik gehört neben der Landwirtschaft zu den wichtigsten Budget-Posten der EU. Die Kohäsions-Mittel, die ein Drittel des Etats ausmachen, würden auch „als politisches Faustpfand“ eingesetzt. So verweigere man Ungarn immer wieder Mittel wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Gerade deswegen sei „das Thema von immenser politischer und wirtschaftlicher Bedeutung“. Die Kohäsionspolitik sei auch das wichtigste Instrument der EU zur Umsetzung des Green Deal für eine klimaneutrale Union bis 2050.

COPE ist in allen EU-Sprachen verfügbar. Der Kurs besteht aus 14 Modulen, wobei einige von ihnen sogenannte „lokale Fenster“ haben, die länderspezifische Inhalte bieten. EU-Journalist*innen sollten andere Sichtweisen kennenlernen und nicht immer nur aus der Perspektive des eigenen Landes berichten, „was für uns wichtig ist“, erläutert Kurkowski. So sei der Breitbandausbau etwa in Deutschland relevant, in Ungarn eher Autobahnbau und Korruption.



Abb: 123rf/
Sviatlana Zykava

Online zur Weiterbildung

Wie die Kursteilnehmenden befähigt werden, die Berichterstattung auf die lokale Ebene herunterzubrechen und als „Wachhund“ zu wirken, zeigt zum Beispiel eine Aufgabe, die Investgate-Europe-Gründer Harald Schumann in einem Kursvideo formuliert. Es geht darum, zu erfassen und zu bewerten, welche heimischen Projekte Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds erhalten und wer davon profitiert. Für die Recherche empfiehlt Schumann die Plattform Kohesio, auf der die europäische Kommission EU-Förderungen in ganz Europa nachweist.

Das COPE-Projekt wird von der Europäischen Union mit einer Million Euro finanziert. Außer der E-Learning-Plattform gibt es ein E-Book. Der COPE-Kurs könne sowohl interaktiv in Seminaren genutzt, aber auch eigenständig von Journalist*innen durchgearbeitet werden, erklärt Kurkowski. Wer alle 14 Module schaffe, werde mit einem Zertifikat belohnt, Studierende erhielten Creditpoints. Der Onlinekurs sei kostenfrei, man müsse sich nur anmelden.

Bärbel Röben <<



inweise

E-Learning-Plattform

<https://cope.csd.auth.gr/mooc/>

E-Book

https://cope.csd.auth.gr/wp-content/uploads/2024/04/100424_E-Handbook.pdf



Journalistenreise in die Ukraine, organisiert von N-Ost.

Foto: Tymofii Zagrebelnyi

Alles ist europäisch

Das Netzwerk N-Ost will die europaweite Zusammenarbeit zwischen Journalist*innen fördern

Ende Mai kam Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zu einem dreitägigen Staatsbesuch nach Deutschland. Wer nicht nur die deutsche Berichterstattung über diese Reise verfolgen wollte, sondern sich auch für Perspektiven aus anderen europäischen Ländern interessierte, wurde bei „Eurotopics“ fündig. Dort sammeln Korrespondent*innen aus ganz Europa jeden Tag Artikel aus der europäischen Presse und stellen zu wichtigen Debatten Beiträge aus mehreren Ländern zusammen.

So ließ sich während des Macron-Besuchs bei „Eurotopics“ nachlesen, dass die tschechische Zeitung „Lidové noviny“ vor allem auf die gewaltigen Differenzen zwischen Macron und Kanzler Olaf Scholz verweist, während die italienische Zeitung „La Repubblica“ auf die Rückkehr des Weimarer Dreiecks hofft, also die Zusammenarbeit zwischen Polen, Deutschland und Frankreich.

„Eurotopics“ ist das wohl bekannteste Format, das vom journalistischen Netzwerk N-Ost betreut wird: Es produziert die Presseschau im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung. N-Ost wurde 2006 als Korrespondentennetzwerk mit dem Ziel gegründet, die deutsche Berichterstattung über Osteuropa zu stärken und Expertise und Vor-Ort-Berichte anzubieten. Mittlerweile sieht sich N-Ost eher als Projekt, das die europaweite Zusammenarbeit zwischen Journalist*in-

nen fördert. Es beschreibt sich als „Network for Border Crossing Journalism“, die Website ist komplett auf Englisch.

Klima, Feminismus und Europa

„Wir haben uns vom Syndication-Modell, das Artikel anbietet, zu einer Medien-NGO entwickelt“, sagt Hanno Gundert, seit über 13 Jahren Geschäftsführer von N-Ost. „Mittlerweile sind wir sehr europäisch.“ Das Netzwerk besteht nach eigenen Angaben aus mehr als 500 Journalist*innen und Medien aus ganz Europa. Den Kern bildet ein internationales Team aus etwa 35 Projektmanager*innen und Redakteur*innen, die in Berlin und weiteren europäischen Städten sitzen.

Ein Angebot von N-Ost ist der Newsletter „European Focus“, für den Journalist*innen aus neun Redaktionen von Rom bis Tallinn gemeinsam an Themen arbeiten, die für ein europäisches Publikum bestimmt sind. Schaut man sich die Projekte von N-Ost an, wird allerdings deutlich, dass der Fokus nach wie vor besonders auf Ländern liegt, die sich östlich von Deutschland befinden. Dabei gibt es Themenschwerpunkte, insbesondere Klimajournalismus, europäische Öffentlichkeiten sowie Feminismus und LGBTQ+. Die „History Unit“ etwa beschäftigt sich mit homo- und transphoben medialen Erzählungen in Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland, Polen, Belarus und der Ukraine.

Seit der russischen Annexion der Krim 2014 richtet N-Ost den Blick verstärkt auf die Ukraine. Ausdrückliches Ziel ist unter anderem, die regionale Berichterstattung in dem Land zu unterstützen. So will etwa das Projekt Fight for Facts lokale ukrainische Medien dabei unterstützen, Desinformation und Propaganda Fakten entgegenzusetzen. „Wir hatten die Ukraine und auch Moldau zu wenig auf dem Schirm. Diese Ecken wollen wir mehr ausleuchten“, sagt Gundert. Zugleich arbeite man auch mit russischen Exiljournalist*innen zusammen. Im Gespräch deutet Gundert an, dass die Zusammenarbeit zwischen ukrainischen und russischen Journalist*innen nicht immer frei von Spannungen ist.

Fördergelder für die Recherche

N-Ost fördert die Kooperation zwischen Journalist*innen auch außerhalb der Projekte, organisiert Recherchereisen und Konferenzen. Im August ist etwa eine Klimakonferenz in Tiflis geplant. Wer möchte und eine thematisch passende Ausrichtung hat, kann zum Arbeiten am Standort in Berlin, dem sogenannten Hub in Berlin-Kreuzberg, vorbeikommen. Man sei generell offen für die Zusammenarbeit mit allen Journalist*innen, die sich für europäische Themen interessieren, betont Gundert.

N-Ost finanziert sich größtenteils über Fördergelder staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, zu einem deutlich geringeren Anteil über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Die Mittel kommen unter anderem von der Europäischen Kommission, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Auswärtigen Amt und parteinahen, aber auch unternehmensverbundenen Stiftungen wie der Robert Bosch Stiftung.

Wie bleibt man da unabhängig? „Zum einen über Transparenz“, sagt Gundert. Man gehe offen damit um, von wem Förderung komme. Darüber hinaus achte man darauf, dass Ausschreibungen für Förderprojekte keine Vorgaben machen, die journalistische Inhalte zu stark prägen. Projekte dürften nicht von Framing geleitet sein, notfalls müsse man die Bremse ziehen.

Ein wesentlicher Teil der Gelder fließe in die Rechercheförderung, sagt Gundert. Mit dieser Unterstützung sind Artikel in verschiedenen europäischen Medien und Sprachen entstanden – etwa ein Bericht über eine paramilitärische Organisation in Estland für die „Taz“ und eine Reportage über die Überlebenden des Massakers in Butscha für das französische Magazin „Marie Claire“.

Gefragt, ob es eine europäische Medienöffentlichkeit braucht, sagt Gundert, dass ihm dieser Begriff zu akademisch sei: „Wir wollen ihn in die Wirklichkeit holen.“ Redaktionen spürten zunehmend, wie sehr sie von einer europäischen Perspektive profitieren. „Welche Themen sind nicht europäisch heutzutage?“

Sarah Schäfer <<

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt. Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor:



VOLKSVERPETZER

Keine Demokratie ohne Fakten



is heute unterschätzt man, wie Desinformation in Social Media funktioniert“, resümiert Thomas Laschyk, der den Anti-Fake-News-Blog „Volksverpetzer“ 2014 gründete. Sein Team entlarvt unter dem Motto „Wir verpetzen Volksverpetzer“ die Strategien und Lügen von Extremist*innen und Verschwörungsideolog*innen – mit deren eigenen Methoden. Als Student der Literaturwissenschaften habe er den „Volksverpetzer“ vor zehn Jahren zusammen mit zwei Freunden in Augsburg gegründet, erzählt Laschyk im Gespräch mit M. Die AfD sei damals bei den Kommunalwahlen angetreten und die drei wollten mit Fokus auf Lokalpolitik über Desinformationen aufklären. In der Krise der Asylpolitik 2015 analysierten sie dann rechte Mythen. Seine Masterarbeit schrieb Laschyk 2018 über Storytelling in Social Media Fakenews. Nach dem Studium sei er „ins kalte Wasser gesprungen“ und habe in einer Crowdfunding-Kampagne Geld gesammelt, um den „Volksverpetzer“ ab 2019 hauptberuflich als gemeinnützige Unternehmungsgesellschaft GUG zu betreiben.

Dank der Unterstützung aus der Leser*innenschaft, die den Blog 100prozentig – zumeist mit Einzelspenden zwischen 15 und 20 Euro – finanzieren, sei das Team mittlerweile auf zwölf Kolleg*innen angewachsen. Ihre Arbeit habe sich seit 2014 verändert – durch die Radikalisierung der AfD und mehr Vielfalt und Reichweite von Fakenews. Es gebe inzwischen viele Factchecking-Initiativen, die alle wissenschaftlich und neutral arbeiten. „Offensichtlich reicht das nicht. Wir versuchen deshalb, mit unorthodoxen Methoden in den Trend zu kommen und gehört zu werden“, erklärt Laschyk.

Damit Faktenchecks auf Social Media viral gehen, setze das Team auch auf Emotionen und reißerische Überschriften wie „So flog ein Cannabis-Fake Julia Klöckner massiv um die Ohren“ oder: „Tesla-Protest: Wie linke Klimaschützer auf rechte Fossilpropaganda reinfielen“. „Wir versuchen schnell mit den Formaten auf Desinformationen zu reagieren, in denen auch Fakenews verbreitet werden – Artikeln, Bildern, Videos, Sharepics“, so Laschyk. Der „Volksverpetzer“ erreiche Millionen von Menschen auf verschiedenen Plattformen aus allen demokratischen Parteien, etwas mehr Frauen. Die meisten sind zwischen 25 und 34 Jahre alt.

Ende April dieses Jahres wollte das Finanzamt dem „Volksverpetzer“ rückwirkend ab 2021 die Gemeinnützigkeit entziehen, weil die Veröffentlichungen „zu sehr journalistischer Arbeit ähneln“, erläutert Laschyk. In der bisher anerkannten Satzung werde „Völkerverständigung“ als Zweck genannt, da Journalismus laut Abgabenordnung steuerrechtlich nicht begünstigt ist. Als das mehrfach ausgezeichnete „Volksverpetzer“-Team den Gemeinnützigkeitsentzug öffentlich machte, erhielt es große Unterstützung – etwa durch die Initiative Forum gemeinnütziger Journalismus oder die eigene Community, die sie auch ohne Spendenquittung weiter finanzieren möchte. „Es gibt so viele Menschen, die unsere Arbeit gut finden“, freut sich Laschyk und bleibt optimistisch, dass der „Volksverpetzer“ in jedem Fall weitermacht!

Bärbel Röben <<

Die europäischen Fact-Checker

Mit einem Kodex und internationalen Kollaborationen will das European Fact-Checking Standards Network den höchsten Standard im Fact-Checking gewährleisten.



Nachdem der slowakische Ministerpräsident Robert Fico im Mai angeschossen wurde, verbreiteten sich schnell Theorien über die Hintergründe der Tat. Die Frau des Attentäters sei eine

Geflüchtete aus der Ukraine, hieß es etwa in sozialen Netzwerken in der Slowakei und in Tschechien. Das stimmt nicht. Doch der Fall zeigt, dass Fake News leicht in mehreren Ländern zugleich Anklang finden. „Wir sehen, dass Des- und Falschinformationen als gesellschaftliches Problem nicht an Grenzen stoppen, sondern über Grenzen hinweggehen“, sagt Stephan Mündges. „Das macht Kollaboration wichtig.“

Mündges ist Koordinator des European Fact-Checking Standards Network (EFCSN), das sich als „die Stimme der europäischen Fact-Checker“ bezeichnet. Das EFCSN hat zurzeit 47 Mitglieder aus ganz Europa, darunter große Nachrichtenagenturen wie dpa und AFP und kleinere Teams, etwa „Myth Detector“ aus Georgien und „Re:Baltica“ aus Lettland. Zweites Mitglied aus Deutschland ist „Correctiv“.

Zentrales Anliegen ist, wie Mündges sagt, Qualitätssicherung. Man wolle die höchsten Standards im Fact-

Checking gewährleisten. Dazu hat das Netzwerk einen Code of Standards erarbeitet, einen Kodex, den alle Mitglieder erfüllen müssen. Er stellt hohe Anforderungen etwa an Methodik, ethische Standards und Transparenz. Viele der Mitglieder sind auch zertifiziert vom International Fact-Checking Network (IFCN), das in den USA angesiedelt ist.

Desinformation mit Erklärstücken vorbeugen

Anlässlich der Europawahlen hat das EFCSN eine Datenbank namens Elections 24 Check ins Leben gerufen. Dort versammelt sind Recherchen der Mitgliedsorganisationen, es sind Widerlegungen („Debunking“) aktuell verbreiteter Falschinformationen und Mythen in ganz Europa, aber auch Faktenchecks zu Aussagen von Politiker*innen sowie Erklärstücke, hier „Prebunking“ genannt. Die Idee dahinter ist, die Leser*innen so gut über ein Thema zu informieren, dass sie nicht mehr für Desinformation anfällig sind. Im Rahmen des Projekts AI@EUElections, ebenfalls vor dem Hintergrund der Europawahlen entstanden, schult das EFCSN Journalist*innen darin, KI-generierte und digital veränderte Inhalte zu erkennen.

Entlarvte News durch den European Fact-Checking Standards Network (EFCSN)

Ursula von der Leyens Großmutter

Falschinformation

In sozialen Medien kursiert ein Foto einer Frau, die Adolf Hitler die Hand schüttelt. Angeblich soll es sich bei der Frau auf dem Foto um die Großmutter von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen handeln.

Widerlegung

Mehrere EFCSN-Mitglieder haben zu dem Fall recherchiert. Das spanische Portal „Newtral“ etwa hat das Foto im Bildarchiv Ostpreußen gefunden, dort wird als Name der Frau auf dem Foto Hildegard Zantop angegeben. „Newtral“ hat sich diese Angaben vom Archiv bestätigen lassen und den Namen auf der Ahnenforschungs-Website Geneastar mit dem Stammbaum von Ursula von der Leyen und ihrem Mann abgeglichen. Dort finde sich der Name Zantop nicht.

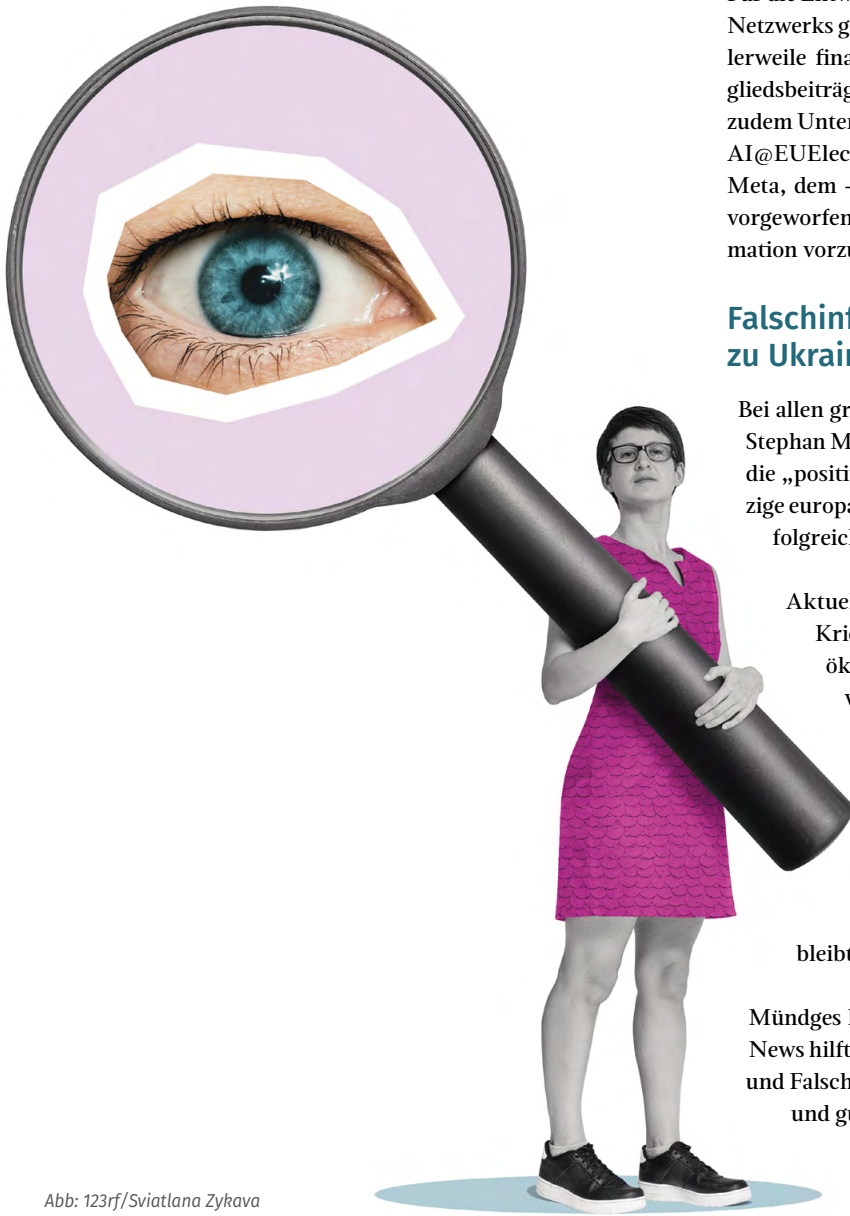


Abb: 123rf/Sviatlana Zykava

Für die Entwicklung des Code of Standards und den Start des Netzwerks gab es eine Förderung der EU-Kommission, mittlerweile finanziert sich das Netzwerk vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Für spezielle Projekte gibt es zudem Unterstützung einzelner Unternehmen. Im Falle von AI@EUElections ausgerechnet vom Facebook-Konzern Meta, dem – wie auch den anderen großen Plattformen – vorgeworfen wird, nicht konsequent genug gegen Desinformation vorzugehen.

Falschinformationen zu Ukraine und Klima

Bei allen großen Plattformen gebe es Luft nach oben, sagt Stephan Mündges dazu. Beim Fact-Checking sei Meta aber die „positive Ausnahme“, der Konzern betreibe „das einzige europaweit wirklich gut funktionierende und auch erfolgreiche Fact-Checking-Programm“.

Aktuell sind Falschinformationen zum russischen Krieg gegen die Ukraine und rund um Klima- und ökologische Themen besonders stark im Umlauf, wie Mündges beobachtet. KI-generierte Desinformation beschäftige das Netzwerk zurzeit weniger, allerdings gehe es bei dieser Art der Desinformation weniger um Masse, sagt Mündges. Eine Strategie sei es stattdessen, gezielt vorzugehen und manipulierte Inhalte so kurzfristig etwa vor einer Wahl zu veröffentlichen, dass keine Zeit mehr bleibt, darauf zu reagieren.

Mündges hat eine klare Antwort darauf, was gegen Fake News hilft: „Das beste Gegenmittel gegen Desinformation und Falschinformation ist ein gesundes Medienökosystem und guter Journalismus.“ **Sarah Schaefer <<**

Wolodymyr Selenskyj über Charkiw

Falschinformation

In einem Videostatement soll der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, gesagt haben, dass geplant sei, die ukrainische Millionenstadt Charkiw an Russland zu übergeben. Denn die Ukraine brauche die Stadt nicht.

Widerlegung

Die Fact Checker*innen des georgischen Portals „Myth Detector“ haben das 8-sekündige Video als Fälschung enttarnt, indem sie den Ausschnitt mit bisherigen Videos von Selenskyj verglichen haben. Sie fanden heraus, dass das Bild eines authentischen Videos von Selenskyj an einer Stelle identisch mit der gefälschten 8-Sekunden-Version ist, was sie unter anderem an den Falten auf seinem Pullover erkannten. Im echten Video ist keine Rede davon, Charkiw an Russland zu übergeben. Dem Fake-Video wurde also eine bearbeitete Tonspur hinzugefügt.

Verbot von Toilettenpapier

Falschinformation

Angebliche Verbote der EU sind ein beliebter Inhalt von Falschinformationen. In Polen schaffte es die Behauptung, dass die EU Toilettenpapier verbieten will, sogar in die Nachrichten eines regionalen TV-Senders.

Widerlegung

Die polnische Redaktion der Nachrichtenagentur AFP widmete der falschen Behauptung einen ausführlichen Beitrag. Zu Wort kommt ein Sprecher der EU-Kommission, der sagt, es gebe keine Pläne, weder jetzt noch in Zukunft, Toilettenpapier zu verbieten. Als möglichen Ursprung der Fake News nennt AFP einen Bericht in einem rumänischen Nachrichtenportal – dieser war allerdings ein Aprilscherz. **Sarah Schaefer <<**

Fakten für faire Wahlen

Rund 400 Millionen EU-Bürger*innen hatten Anfang Juni die Chance, ihre Vertretung im Europäischen Parlament zu wählen. Es ist davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte von ihnen im Zuge des Wahlkampfes Informationen aufgerufen oder erhalten hat, die die Realität bewusst falsch darstellen oder die falsch sind. Angesichts der sinkenden Wahlbeteiligung und dem ungebremsten Aufwind rechter Akteure gerade mithilfe von gezielt eingesetzten Falschinformationen müssen Journalist*innen das Rüstzeug haben, diese populistischen Methoden zu entlarven.

Denn gerade EU-Politik und EU-Themen sind für viele Journalist*innen nicht unbedingt leicht zu durchschauen. Der Rückgriff auf verkürzte Erläuterungen oder auch grundsätzlich eine geringe Aufmerksamkeit für Vorgänge in Brüssel schaffen zusätzlich Raum für „Alternative Fakten“. Und wenn der Newswert es gebietet, können auch seriöse Medien ins Fahrwasser falscher Informationen geraten. Es gibt viel „Unverständnis darüber, was da in Brüssel eigentlich gemacht wird“, erklärte kurz vor der Europa-Wahl die Journalistin Dunja Hayali in der ZDF-Wahlsendung „Wie geht’s, Europa?“. Es wachse sogar, denn das politische Geschehen erscheine als „zu intransparent“, „zu bürokratisch“, „zu weit weg von den Menschen“.

In welchem Ausmaß Chatbots weltweit im Wahljahr 2024 Stimmenscheidungen beeinflussen oder auch im Zusammenhang mit den Europa-Wahlen beeinflusst haben, wird ein Thema der Analyse sein müssen. Das unabhängige Recherchenetzwerk CORRECTIV hatte im Vorfeld verschiedene Chatbots wie ChatGPT einem Faktencheck unterzogen, indem ihnen Fragen zur Europa-Wahl gestellt wurden. Die Programme, so heißt es, stellten keine verlässliche Informationsquelle dar. „Zur Europawahl schreibt Googles Chatbot selbst bei einfachsten Fragen wie der nach dem Wahltermin nichts. Microsoft Copilot kennt die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien mal gar nicht, mal denkt er sich welche aus. Und ChatGPT schlägt uns erfundene Telegramm-Kanäle als Informationsquelle vor“, beschreiben die Faktencheck-Redakteur*innen. Oder die KI empfiehlt AfD-Telegramm-Kanäle, fügen sie hinzu.

Faktenchecks stellen Aussagen und schnell erhältliche Angebote auf die Probe. Das Konzept ist denkbar simpel: Sie überprüfen eine bestimmte Tatsachenbehauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt und kommen am Ende zu einer Einschätzung.

GADMO: Faktenchecks für Journalist*innen und als Forschungsgrundlage

Im März stellte sich mit GADMO der derzeit größte Zusammenschluss von Faktencheck-Organisationen und Forschungsteams gegen Desinformation in Deutschland und Österreich der Öffentlichkeit vor. Als zentrale Plattform für deutschsprachige Faktenchecks sollen hier Desinformationskampagnen

und ihre Verbreitung beobachtet und erforscht werden, ebenso Gegenmaßnahmen von großen Technologiekonzernen. Außerdem arbeite man „aktiv an der Verbesserung der Medienkompetenz der Internetnutzenden in Deutschland und Österreich“.

Mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa), der Agence France-Presse (AFP), der Austria Presse Agentur (APA) und CORRECTIV kooperieren damit erstmals führende Faktencheck-Organisationen in Deutschland und Österreich untereinander und mit Forschenden aus Kommunikations- und Datenwissenschaften. Jeder der Partner hat eine eigenständige Faktencheck-Redaktion, das heißt man tauscht sich untereinander aus, arbeitet bei den Recherchen aber unabhängig voneinander und veröffentlicht damit zu einem Thema so möglicherweise auch mehrere Beiträge.

Claudia Krieg <<

Abb: 123rf/Sviatlana Zykava



Initiative GADMO

Das German-Austrian Digital Media Observatory (GADMO) ist ein Teil von von European Digital Media Observatory (EDMO). Die EU-geförderte Initiative soll ein Netzwerk schaffen, das in der Lage ist, Desinformationskampagnen aufzudecken und zu analysieren, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz auf nationaler und multinationaler Ebene zu organisieren und andere Aktivitäten zur Bekämpfung von Desinformation zu unterstützen.

Nico Semsrott



Wurmloch Brüssel



Ein Satiriker, der in das EU-Parlament einzieht, war der Hamburger Nico Semsrott, als er fünf Jahren gemeinsam mit dem ehemaligen Chefredakteur der Satire-Zeitschrift „Titanic“, Martin Sonneborn, für DIE PARTEI bei der Eu-

ropawahl 2,4 Prozent der Stimmen erhält – und damit immerhin von 900.000 Menschen einen politischen Auftrag, wie Semsrott es versteht. DIE PARTEI hat neben Witzen nämlich auch den Kampf gegen Lobbyismus, Autokraten und gegen Rechts im Programm. Eine Legislatur später ist Semsrott desillusioniert und erleichtert, dass er schon während seiner Amtsausübung die feste Entscheidung gefällt hat, nicht wieder zur Wahl anzutreten.

In seinem gerade erschienenen Buch „Brüssel sehen und sterben – wie ich im Europaparlament den Glauben an (fast) alles verlor“ hat der 38-Jährige seine Erfahrungen als „Hinterbänkler“ verarbeitet – und damit zugleich eine Art Schaufenster in eine Welt geöffnet, die nicht nur vielen Wähler*innen, sondern auch vielen Journalist*innen unbekannt ist. Medienschaffende sollten es unter anderem lesen, weil es aus der Innensicht Semsrotts Auskunft gibt über ein politisches Gremium, das in seinen Grundzügen nachweislich intransparent agiert und Pressevertreter*innen im besten Fall zugesteht, Verkündungsjournalismus zu betreiben. Deren eigentliche Aufgabe – kritisch Entscheidungsprozesse zu begleiten – wird hingegen unter anderem deshalb systematisch blockiert, weil Beschlüsse unter Ausschluss der Öff-

fentlichkeit gefällt werden. Dies dürfte zumindest einer der Gründe sein, warum diese „komplexe, entfremdete Welt“ so schwer zu erklären ist. Dazu kommt: Die vielen, auch für EU-Neulinge wie Semsrott undurchschaubaren Regeln bezüglich der Verteilung und Verwaltung von Geldern lassen ein Milieu zu, das Korruption und Lobbyismus in weitaus größerem Maß begünstigt.

Die Stichworte lauten „Freiwillige Selbstkontrolle“ und „Regeln für Kostenerstattungen“. Was darüber hinaus immer wieder an die Öffentlichkeit dringt oder was auch Semsrott am Beispiel von mehr oder weniger bekannten Mitgliedern des Europäischen Parlaments beschreibt, sind Veruntreuungen, die immer wieder auch mit Gefängnisstrafen enden. Was nicht heißt, dass Verurteilte, wie zum Beispiel der griechische Rechtsextreme Ioannis Lagos, dem wiederum die Beteiligung am Mord an einem linken Musiker nachgewiesen werden konnte, dadurch etwa ihr Mandat verlieren würden. Was immer heißt: Bezüge laufen weiter, der politische Einfluß besteht fort. Die Netzwerke können weiter ungestört funktionieren. Angesichts des Falls der griechischen Sozialdemokratin Kalai, die als Vize-Präsidentin des EU-Parlaments mutmaßlich mehrere Hunderttausend Euro Bestechungsgelder aus Katar erhalten hat, sprach Michiel van Hulten, selbst ehemaliger EU-Abgeordneter und Leiter des Brüsseler Büros von Transparency International, von einer „Kultur der Straflosigkeit“.

Auch das Ausmaß, in dem sich Abgeordnete mit einem monatlichen Nettogehalt von über 5.000 Euro ihre sogenannten Nebentätigkeiten bezahlen lassen, macht Semsrott fassungslos. Nun arbeiten in Brüssel bekanntlich zahlreiche Journalist*innen, dennoch dringt abseits der erwähnten Skandale wenig von dieser alltäglichen Bereicherung nach außen. Die Arbeit der Korrespondent*innen wird wertschätzend erwähnt – insofern sie diese nicht als Sprungbrett nutzen, um ausgestattet mit Insiderwissen anschließend in die Presseabteilung irgendeiner Fraktion zu wechseln. So geschehen im Fall von Peter Müller, der 10 Jahre für den Spiegel in Brüssel saß und dann ab 2020 drei Jahre als Kommunikationsberater und Redenschreiber für die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen (CDU) arbeitete. Inzwischen ist Müller Chefredakteur der Augsburger Allgemeinen.

Semsrott selbst trat 2021 aus der PARTEI aus, weil er nicht einverstanden war, wie sein Fraktionskollege Sonneborn mit Rassismus-Vorwürfen umgeht. Sein Mandat behielt er, weil sich an seinen politischen Zielen dadurch nichts änderte. Aber die Idee eines menschenwürdigen Lebens für alle im Angesicht von Klimakrise und Hyperkapitalismus gerade in einem zunehmend von rechten Kräften dominierten Gremium und unter dem Druck einer willkürlichen und zugleich machtvollen Verwaltung zu vertreten, ist eine Mammutaufgabe. „Inzwischen bin ich mir sicher, dass es nicht möglich ist, den ganzen Kram, den die EU-Politik darstellt, vernünftig zu übersetzen“, resümiert Semsrott. Man müsse über Jahre ein gänzlich nicht vorhandenes Wissen sogar bei der eigenen Zielgruppe aufbauen. Ob man an die Idee einer europäischen Zusammenarbeit glaubt oder nicht, sein Buch ist eine interessante und amüsante Sammlung von Eindrücken aus einer Politik-Welt, für die es kaum gelingt, jemanden zu interessieren und an der doch soviel Zukunft hängt. Man könnte meinen, es müsste deutlich mehr der in Brüssel Tätigen ein Anliegen sein, ihre Arbeit, die mit Milliarden von Steuergeldern aus allen EU-Ländern finanziert wird, so transparent und anschaulich, also „bürgernah“, darzustellen.

Claudia Krieg <<

Digitale Spielregeln für Europa

In Zeiten globaler Internetplattformen erscheint Medienregulierung in einem nationalen Rahmen provinziell und unwirksam. Selbst die EU-Kommission betrachtete Medienpolitik lange vor allem unter Binnenmarkts- und Wettbewerbsaspekten. Ihr Steckenpferd war die Förderung der audiovisuellen Medien in Europa. Die Medienaufsicht lag weiterhin bei den Mitgliedsstaaten, in Deutschland speziell bei den Landesmedienanstalten.

Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist dieser dezentrale Ansatz in jüngster Zeit weitgehend außer Kraft gesetzt worden, urteilt der EU-Korrespondent Eric Bonse. In ihrer Amtszeit habe sich „sowohl der medienpolitische Diskurs als auch die Praxis grundlegend geändert“. So werde „neuerdings der Schutz der Demokratie angeführt, um Brüssel direkte Eingriffe in die Medien zu erlauben“. Im Auftrag des Instituts für Medienverantwortung hat Bonse unlängst eine Analyse der neuen Internet- und Mediengesetze der Europäischen Union vorgelegt.

Mediengesetze der EU

Es geht darin um den Digital Service Act (DSA), den Digital Market Act (DMA) und den Media Freedom Act (EMFA). Mit diesen Gesetzen eignet sich die EU-Kommission zahlreiche neue Kompetenzen in der Netz- und Medienpolitik an. Da aber Medienpolitik Gesellschaftspolitik sei, so Bonse, werde das „gravierende Auswirkungen auf die Bürgerrechte, das Zusammenleben, die Partizipationsmöglichkeiten und letztendlich auf die Demokratie haben“.

DSA und DMA wurden bereits Mitte 2022 vom Europaparlament verabschiedet. In beiden Gesetzen werden wirtschaftliche, technische und politische Aspekte miteinander verquickt. Als Ziele nannte der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton die Bekämpfung „illegaler Inhalte“, die Verteidigung der Grundrechte, den Schutz der Internet-User, vor allem der Kinder, das Vertrauen der Konsument*innen in Online-Marktplätze, neue Geschäftschancen für innovative Anbieter, einen regulativen Rahmen für Online-Werbung sowie die Offenlegung von Algorithmen.

Das DSA-Gesetz ist seit Februar 2024 vollumfänglich anwendbar. Es soll vor allem die sehr großen sozialen Netzwerke regulieren. Als sehr groß gelten Unternehmen mit mehr als 45 Millionen aktiven Nutzer*innen in der EU. Es verpflichtet diese Plattformen, Melde-

systeme für illegale Inhalte – Hass und Hetze oder gefälschte Produkte – einzurichten und innerhalb von 24 Stunden auf entsprechende Meldungen zu reagieren.

EU geht gegen Meta, X und TikTok vor

Dass die EU-Kommission es ernst meint, bewies sie Ende April, als sie ein Verfahren gegen den Facebook- und Instagram-Konzern Meta eröffnete. Begründung: Meta versäume es, die Verbreitung irreführender Werbung und Desinformationskampagnen in der EU ausreichend zu bekämpfen. Es fehle vor den anstehenden Europawahlen ein wirksames Wahlüberwachungsinstrument für Facebook und Instagram. Zudem vermutete die Kommission, die Möglichkeiten, sich als User über problematische Inhalte auf den Plattformen zu beschweren, entspreche nicht den Anforderungen des EU-Rechts. Außerdem gewähre Meta Forscher*innen nur unzureichend Zugang zu Daten.

Auch gegen die Online-Plattform TikTok und den Kurznachrichtendienst X (früher: Twitter) laufen bereits Verfahren. Bei TikTok wird geprüft, ob der chinesische Konzern mit seiner App-Version TikTok Lite die psychische Gesundheit von Minderjährigen gefährdet. X werden irreführende Beiträge zum Angriff der Hamas auf Israel angelastet.

Teile des Gesetzes sind weiterhin umstritten. Nach Artikel 34 des DSA sollen die Plattformen nicht nur rechtswidrige Einträge löschen, sondern auch „irreführende und täuschende Inhalte, einschließlich Des-

Das DSA-Gesetz (Digital Service Act) ... verpflichtet (große) Plattformen, Meldesysteme für illegale Inhalte ... einzurichten.

informationen“. Dies seien allzu vage Generalklauseln und könnten zu indirekten Eingriffen in die Meinungsfreiheit führen, bemängeln einzelne Medienrechtler. Andere verteidigen das Paragrafenwerk. In Deutschland habe das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) viele der Neuerungen des DSA vorweggenommen, so



Abb: Bildretusche M unter Verwendung 123rf/Natalia Merzlyakova und shutterstock/ Peter Hermes Furian

DMA (Digital Markets Act) ... soll die Macht der Digitalkonzerne beschränken. So dürfen sie etwa im Ranking nicht mehr eigene Angebote priorisieren.

der Rechtsprofessor Matthias C. Kettmann von der Uni Innsbruck. Es sei nicht einfach, den Grad an Overblocking (= der ungerechtfertigten Löschung von Inhalten) festzustellen. Gleichzeitig aber werde registriert, „dass Plattformen insgesamt immer noch viel zu wenig löschen- also auch Underblocking machen, im Bereich rechtradikaler, antisemitischer, frauenfeindlicher oder zu Gewalt aufrufender Inhalte beispielsweise“. Warnungen der Kritiker*innen vor einer „Zensur aus Brüssel“ und einem „Wahrheitsministerium“ weist die EU jedenfalls strikt zurück.

Verhaltenskodex für Digitalunternehmen

Das EU-Gesetz über digitale Märkte DMA ist seit dem 2. Mai 2023 vollständig anwendbar. Es ergänzt das Wettbewerbsrecht und soll die Macht der Digitalkonzerne beschränken. Ein Verhaltenskodex für große Digitalunternehmen – so genannte Gatekeeper (=Torwächter) unterwirft diese strengeren Regeln. So dürfen sie etwa im Ranking nicht mehr eigene Angebote priorisieren und müssen ihre Online-Shops und Apps für die Konkurrenz öffnen.

Als Torwächter gilt ein Unternehmen, wenn es in der EU regelmäßig einen Jahresumsatz von 7,5 Milliarden Euro überschreitet oder einen Börsenwert von mindestens 75 Mrd. Euro erreicht. Außerdem muss es – analog zu den Werten beim DSA – mehr als 45 Millionen monatliche aktive User oder mehr als 10.000 gewerbliche Nutzer*innen haben.

Im September 2023 nominierte die EU-Kommission die ersten sechs Gatekeeper: Alphabet, Amazon, Apple, ByteDance, Meta, Microsoft. Bis März 2024 mussten sie Bericht darüber erstatten, wie sie die Vorschriften des DSA einhalten. Meta klagte gegen die Benennung als Torwächter.

European Media Freedom Act (EMFA) ... Das Medienfreiheitsgesetz soll ... Eigentumsverhältnisse im Mediensektor transparent machen.

Bei Verstößen sieht das Gesetz drastische Strafen vor. Bis zu zehn Prozent des weltweiten Konzernumsatzes sind bei einem Verstoß als Geldbuße fällig, im Wiederholungsfall sogar bis zu 20 Prozent. Als weitere Sanktionen kann die EU-Kommission Zwangsgelder verhängen, Konzernumbauten fordern oder das Unternehmen schlimmstenfalls sogar zerschlagen.

Die betroffenen Konzerne gehen dagegen auf die Barrikaden. So verlangt Apple, seinen App Store von den strengen Wettbewerbsregeln auszunehmen. Eine Öffnung könne die bisher streng überwachte Sicherheit der Apps gefährden. Umgekehrt gehen den Apple-Konkurrenten die DMA-Regeln nicht weit genug – die bisherige Wettbewerbsverzerrung durch den US-Giganten werde dadurch nicht wirksam unterbunden.

Der lange Weg zum Medienfreiheitsgesetz

Besonders kontrovers diskutiert wurde der im März 2024 vom Europaparlament mit klarer Dreiviertelmehrheit verabschiedete European Media Freedom Act (EMFA). Das Medienfreiheitsgesetz soll die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien im EU-Binnenmarkt stärken und Eigentumsverhältnisse im Mediensektor transparent machen. Der größte Teil der Medienorganisationen begrüßte das Paragrafenwerk. Allerdings existieren nach wie vor auch Bedenken, ob einzelne Regelungen die Pressefreiheit nicht eher gefährden als schützen.

Einerseits regelt das Gesetz publizistische Selbstverständlichkeiten wie den Quellenschutz und die redaktionelle Unabhängigkeit. Auf der anderen Seite wird eben diese Unabhängigkeit durch die Möglichkeit einer staatlichen Überwachung von Journalist*innen durch Spähsoftware tendenziell in Frage gestellt. Erst eine Entschärfung entsprechender Regelungen rechtsstaatlicher Garantien konnten diesbezügliche Bedenken einfangen.

Weiterhin umstritten bleibt das European Board for Media Services, das die Arbeit der nationalen Medienaufsichtsbehörden aller 27 Mitgliedsstaaten koordinieren soll. Gedacht ist es als Instrument zum Schutz der Medienfreiheit vor den großen Internet-Plattformen. Für Unmut sorgt vor allem die Tatsache, dass das Sekretariat des Boards bei der EU-Kommission angesiedelt ist. Das Europaparlament hatte gefordert, dieses medienpolitisch relevante Gremium unabhängig von der Kommission zu ernennen, hatte sich aber nicht durchsetzen können. Damit ist die Gefahr, dass weitere mitgliedstaatliche Kompetenzbereiche bei der EU konzentriert werden, nicht ausgeräumt. Ob der EMFA unter dieser Prämisse tatsächlich der „Meilenstein für die Medienfreiheit und -vielfalt in Europa“ wird, als den ihn Kulturstaatsministerin Claudia Roth lobt, muss die praktische Umsetzung zeigen.

Günter Herkel <<

Für eine Handvoll Dollar

Beschäftigte beim Film wehren sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen

Jahrzehntelang konnten sich Produktionsfirmen auf die Bereitschaft der Filmschaffenden zur Selbstausschöpfung verlassen. Doch der Glanz ist verblasst. Die Arbeitsbedingungen am Set sind mit dem Wunsch vieler Menschen nach einer gesunden Work-Life-Balance nicht vereinbar. Nachwuchsmangel ist die Folge. Unternehmen wollen dieses Problem nun mit Hilfe verschiedener Initiativen lösen.

Als die UFA 2022 die UFA Academy gründete, gab es für die vorgesehenen acht Ausbildungsplätze zweihundert Bewerbungen. Es war gelungen, neben Menschen aus der Altersgruppe 50plus auch Angehörige sozialgrafischer Schichten anzusprechen, die „irgendwas mit Film“ bislang eher nicht im Sinn hatten. Das klingt erst mal nicht wie ein Nachwuchsproblem. Tatsächlich hat sich die Lage aktuell etwas entspannt. Als Streamingdienste wie Netflix, Prime Video oder Disney+ vor einigen Jahren damit begonnen haben, auch deutsche Filme und Serien in Auftrag zu geben, haben sie einen regelrechten Produktionsboom ausgelöst. Mittlerweile ist die Zahl dieser Aufträge jedoch wieder gesunken. Bezahlsender Sky hat seine fiktionalen Eigenproduktionen sogar ganz eingestellt. Die Branche geht davon aus, dass sich der Fachkräftemangel mit der Umsetzung des neuen Filmförderungsgesetzes wieder verschärfen wird. Der Standort Deutschland könnte dank steuerbasierter Fördermodelle für Produktionen aus dem Ausland dann deutlich attraktiver werden.

Investieren in den Nachwuchs

Angesichts des demografischen Wandels warnt Björn Böhning, Geschäftsführer der Produktionsallianz, seine Mitglieder daher davor, bei Qualifizierungsmaßnahmen zu sparen: „Investitionen in qualifizierten Nachwuchs sind und bleiben unerlässlich. Die Gewinnung neuer Arbeitskräfte wird das entscheidende Thema für die Zukunftsfähigkeit der Branche sein. Dabei nur auf Sicht zu fahren, ist nicht schlau.“ Um dies zu ändern, ist 2023 der Arbeitskreis Fachkräftestrategie gegründet worden, ein branchenübergreifendes Netzwerk, an dem neben Produktionsfirmen, Streamingdiensten und TV-Sendern auch Bildungsträger und Sozialpartner beteiligt sind. Die Sender sind nicht nur als Auftraggeber vom Fachkräftemangel betroffen. Sie suchen auch Personal für ihre Studioproduk-

tionen. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung werden zudem vermehrt Menschen mit Informatik-Hintergrund benötigt. Das gilt für fast alle Branchen, weshalb Film und Fernsehen um die gleichen wenigen Fachkräfte buhlen wie viele andere Unternehmen. Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen prägen auch die aktuellen Tarifverhandlungen, die ver.di und

Wenn wir uns nicht anpassen, drehen wir irgendwann gar nicht mehr oder nur noch im Ausland, was auch nicht in unser aller Sinn sein kann.

Joachim Kosack,

Geschäftsführer der UFA-Tochter Serial Drama

der Berufsverband Schauspiel für die rund 25.000 Filmschaffenden führen. Der Wettbewerb um professionelle Filmschaffende sei Dank der vielen Digitalkanäle sehr groß, sagt ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel: „Sinkende Budgets für klassische TV-Serien oder Filme machen die Arbeit nicht leichter, der Arbeitsdruck ist ohnehin immens. Wir wollen kürzere Arbeitswochen mit vier Arbeitstagen und lange Wochenenden erreichen, das ist der direkteste Ausgleich für lange Arbeitstage.“ Bei Gesprächen mit der Produktionsseite zeigt sich, dass diese Thematik auch einen Konflikt birgt. Uli Aselmann (die film gmbh) war für die Allianz an vielen solcher Gespräche beteiligt und hat dabei festgestellt, „dass die heutige junge Generation ganz andere Ansprüche hat als wir Älteren in unserer Jugend. Als ich damals angefangen habe, war es völlig klar, dass man auch mal 14 Stunden am Tag arbeitet, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen. Das hat uns stolz gemacht. Die heutige Jugend will einen Acht-Stunden-Tag und eine Vier-Tage-Woche, das ist bei einer Filmproduktion aber völlig unrealistisch.“

Gewerkschaft will 4-Tage-Woche

Zum Glück gibt es unterschiedliche Formen der Film- und Fernsehproduktion. Tägliche Serien, sagt Joachim Kosack, Geschäftsführer der für „Dailies“ wie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ zuständigen UFA-Tochter Serial Drama, „sind planbar und gut für Menschen, die festgelegte Strukturen brauchen. Außerdem entstehen sie im Studio, somit entfällt häufig auch die Rei-



Filmbeschäftigte protestieren auf der Berlinale im Februar 2024 für bessere Arbeitsbedingungen.

Foto: Kay Herschelmann

Wir wollen kürzere Arbeitswochen mit vier Arbeitstagen und lange Wochenenden erreichen, das ist der direkteste Ausgleich für lange Arbeitstage.

ver.di-Verhandlungsführer
Matthias von Fintel

Regisseurin Sibylle Tafel („Toni, männlich, Hebamme“, ARD) findet die Vorstellung einer Vier-Tage-Woche „gar nicht so dumm, weil die Gewerke meist sowieso einen zusätzlichen Tag brauchen, um nachzuarbeiten. Andererseits ist das vermutlich unbezahlbar und liegt auch nicht zwingend im Interesse der Teams, denn das würde bedeuten, dass man länger gebunden ist und nicht das gleiche Einkommen generiert.“ Sie sieht in der Diskussion über die Arbeitsbedingungen auch die Sender in der Pflicht: „Sie kennen das Prob-

lem, zeigen sich jedoch ohnmächtig, weil die Etats dann steigen müssten und man weniger Filme beauftragen könnte. Und da sind wir beim Verteilungskampf der Produzenten. Die wollen und müssen Filme machen, egal zu welchen Bedingungen, die wir dann am Set auszubaden haben.“

Welche Folgen die ungute Kombination aus Sparzwang, Zeitdruck und Fachkräftemangel haben kann, verdeutlicht die Regisseurin mit der Beschreibung ganz normaler Drehbedingungen: „Die Zwölf-Stunden-Regelung führt dazu, dass wir kaum mehr als sieben Stunden Arbeitszeit am Set haben; und das bei durchschnittlich 21 Drehtagen. Da kommt man dann bei circa 25 Einstellungen am Tag auf 16 Minuten pro Einstellung, inklusive Proben, Licht, Kamera, Maske, Kostüm, Motivwechsel, Drehen. Diskussionen über nicht funktionierende Drehbuchszenen kann man sich am Set nicht leisten; geschweige denn, mal was auszuprobieren. Da wird durchgeschubbt. Man braucht einen sehr klaren Masterplan und echte Coolness, um sich den Stress nicht anmerken zu lassen, der sich besonders auf die Schauspieler*innen negativ auswirken würde. Die wollen der Regie vertrauen und fordern ein, dass man auf sie aufpasst. Hätte ich nicht die Erfahrung aus fast dreißig Berufsjahren, wüsste ich nicht, wie ich mein Ding mache.“

Tilmann P. Gangloff <<

Schutz vor zu viel Stress im Job

Digitale Resilienz hilft Medienschaffenden bei Herausforderungen

Immer weiter, immer schneller, immer innovativer – um im digitalen Wandel mithalten zu können, müssen einzelne Journalist*innen wie auch ganze Medienhäuser sich scheinbar ständig neu erfinden, die Belastungsgrenzen höher setzen, die Effizienz steigern. Der zunehmende Anteil und auch Erfolg von KI-basierten Produkten und Angeboten ist dabei nur das letzte Glied in der Kette einer noch nicht abgeschlossenen Transformation, deren Ausgang vollkommen unklar ist.

Der Medienwissenschaftler, Soziologe und Journalist Stephan Weichert hält dem entgegen: „Es muss bei allem, was geschieht, auch darum gehen, mental stark zu bleiben und Schutzmechanismen zu erarbeiten.“ Weichert führt zusammen mit Alexander von Streit die Geschäfte von VOCER, einem Institut, das sich vorgenommen hat, journalistisch und digital Arbeitenden und ebensolchen Unternehmen den Ansatz der „digitalen Resilienz“ nahe zu bringen. Zugleich will VOCER qualitativen Journalismus als Fundament von Demokratie zu stärken.

Ob in Form individueller oder kollektiver Beratung, als Seminar oder langfristige Begleitung: Der Bedarf nach einem Abbau von multiplen Belastungen und nachhaltigen Lösungen, die auch den aktuellen Braindrain im Feld stoppen, sei gigantisch, sagt Weichert vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei VOCER. Und er ist vor allem seit dem Beginn der Corona-Pandemie enorm gestiegen. Zum einen sei eine spezielle Ermüdung und Erschöpfung im Zusammenhang mit der Vielzahl digitaler Formate, die den Arbeitsbereich vor dem Monitor strukturieren, bemerkbar. „Viele wollen nicht mehr in Zoom-Konferenzen sitzen, die Zeit vor dem Bildschirm dehnt sich so immer weiter aus. In unseren Beratungen und Seminaren hat sich manifestiert: Wir müssen wieder stärker ins Gespräch ge-

hen und auch wieder mehr in die physische Begegnung“, erklärt Weichert.

Zur digital fatigue, der „digitalen Müdigkeit“ kommt erschwerend hinzu, dass der steigende ökonomische Druck durch höhere Kosten und sinkende Nutzer*innen-Zahlen in vielen Medienhäusern an die Belegschaft durchgegeben wird. Und wo bei regelmäßigen Massentlassungen auch gewerkschaftlicher Widerstand an seine Grenzen gerate, werde andererseits gemeinnütziger Journalismus in Haushaltsprogrammen oder in der Förderungslandschaft nicht annähernd so berücksichtigt, wie er es als demokratieerhaltendes Element bräuchte, kritisiert der Medienwissenschaftler.

Wider die Nachrichtenmüdigkeit

„Wir kämpfen für den Berufsstand, gerade jetzt in demokratiegefährdeten Zeiten und wir erleben viel Dankbarkeit für unsere Angebote, also ist auch klar, hier müsste viel mehr passieren, gerade in der Aus- und Weiterbildung.“ Die besonders ernste Krisen- und Nachrichtenlage mache auch mehr seriöse journalistische Aufbereitung und Auseinandersetzung nötig, sagt Weichert – „Feel-Good-Journalismus“ sei hingegen keine Lösung. Was inzwischen als Konstruktiver Journalismus gelabelt werde, so Weichert in einem Gespräch mit den Podcaster*innen Henriette Heidbrink und Lars Rademacher, stelle sich häufig als unterkomplex dar. Zwar würden Lösungen ins Zentrum gestellt, die Menschen sich auch wünschten, zugleich neige man in dem Rahmen schnell dazu, Menschen zu bevormunden. Dazu komme News-Burnout und die Tendenz zur Nachrichten-Vermeidung, soziale Medien als alleinige Quelle von vermeintlichen Informationen.

Die Frage laute vielmehr, wie es gelingen kann, dass sich Journalist*innen nicht in schwierigen Themen verfangen oder sich zu stark damit identifizieren, so dass sie angreifbarer sind für damit verbundene Angriffe, ob verbal, physisch, vor allem aber im Netz: „Die wahnsinnig schlechte Resonanz und Verunglimpfung von Journalisten in den sozialen Netzwerken und in Kommentaren, zusammen mit der ohnehin schon bestehenden Belastung, in dieser Gleichzeitigkeit liegt der Grund für die mentale Angegriffenheit“, meint Weichert. Das heißt auch, die psychische Dauerbelastung rührt nicht vorrangig

aus den aufzubereitenden Inhalten – denn die sind nunmal der journalistische Gegenstand.

Hier sei ein stärkerer Aufbau von Solidarität in den Redaktionen, eine Stärkung von Teams hilfreich – über Netzwerke und das direkte Gespräch, so der Ansatz von VOCER. „Die Leute brauchen Halt, sonst fühlen sie sich schnell verloren und orientierungslos, es beginnt das Kopfkino, es wird psychisch immer schlechter und das wirkt sich am Ende auch auf

die Berichterstattung und die Inhalte aus – ein Teufelskreis“, erklärt Weichert. Er findet, dass bei dem Thema gerade Gewerkschaften eine stärkere Rolle spielen sollten. „Gewerkschaften stehen etwas entfernt vom politischen und auch vom redaktionellen und medialen Geschehen und könnten diese Themen noch stärker sichtbar machen, sich stärker dafür engagieren. Das passiert in meinen Augen derzeit zu wenig.“ **Claudia Krieg <<**



Website
VOCER

<https://digitale-resilienz.org>

Aktion für Ahmad Farhad, Pakistan

Journalist spurlos verschwunden



Wo ist Ahmad Farhad? Diese Frage stellen sich seine Frau, seine vier Kinder sowie Freund*innen und Kolleg*innen seit dem 15. Mai 2024. An diesem Tag wurde der pakistanische Journalist gegen ein Uhr nachts vor seinem Haus in Islamabad von vier Männern in Zivilkleidung entführt. Seither fehlt von ihm jede Spur.

Die Familie Ahmad Farhads beobachtete, wie er in einem Fahrzeug abtransportiert wurde. Die Entführer zerstörten die Überwachungskameras des Hauses und entfernten einen digitalen Videorekorder. Familienangehörige des Journalisten gingen um vier Uhr morgens zur Polizei. Doch dort weigerte man sich, die Anzeige (in Pakistan bekannt als „First Information Report“) aufzunehmen und den Fall zu untersuchen. Daraufhin reichte die Familie des 38-jährigen beim Hohen Gericht in Islamabad einen Antrag auf richterliche Haftprüfung ein. Das Gericht wies die Polizei an, Ermittlungen in dem Fall aufzunehmen.

Am 17. Mai erhielt die Ehefrau des Journalisten einen Anruf von Personen, die sich als seine Entführer ausgaben und sie aufforderten, ihre Eingabe beim Hohen Gericht zurückzuziehen. Im Gegenzug würden sie Ahmad Farhad freilassen. Am nächsten Tag beantragten Anwälte deshalb die Rücknahme des Antrags, doch der Journalist tauchte nicht wieder auf. Daraufhin beschloss die Ehefrau, den Rechtsweg weiterzugehen – jedoch ohne bisher etwas über das Schicksal ihres Mannes zu erfahren.

Ahmad Farhad äußert regelmäßig Kritik an den pakistanischen Behörden. Er wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach wegen seiner journalistischen Arbeit und seiner Aktivitäten in den sogenannten Sozialen Medien bedroht. Farhad arbeitet seit 15 Jahren als Journalist und war bereits für mehr als zehn pakistanische Nachrichtensender tätig. Zuletzt arbeitete er als Freiberufler, nachdem er von Arbeitgebern entlassen wurde, die von den Behörden unter Druck gesetzt worden waren. Farhad ist ein in Paki-

stan bekannter Dichter, der seine Gedichte auf Urdu verfasst und darin politische Themen wie das Verschwindenlassen anspricht.

Ahmad Farhad kommt aus der von Pakistan verwalteten Region Asad Jammu und Kashmir, wo vor kurzem Massenproteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten stattfanden. Die Demonstrationen wurden gewaltsam niedergeschlagen. Allein im Mai wurden mindestens drei Menschen getötet und beinahe hundert verletzt. Die Berichterstattung darüber wurde behindert, das Internet in der Region blockiert. Es besteht große Sorge um die Sicherheit von Ahmad Farhad, da Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in Pakistan regelmäßig Opfer des „Verschwindenlassens“ werden. Farhad leidet zudem an einer schweren Form von Magenschleimhautentzündung und benötigt regelmäßig Medikamente.

Es gibt in Pakistan kein Gesetz gegen das Verschwindenlassen und den Behörden mangelt es oft am Willen, solche Fälle zu untersuchen. Familienmitglieder, die fordern, dass das Schicksal ihrer „verschwundenen“ Angehörigen aufgeklärt wird, werden regelmäßig von den Behörden schikaniert, überwacht und eingeschüchtert.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun? Schreiben Sie an den pakistanischen Innenminister und fordern Sie ihn auf, das „Verschwinden“ des Journalisten Ahmad Farhad umgehend unabhängig untersuchen zu lassen. Verlangen Sie Farhads bedingungslose Freilassung, sollte er sich in staatlichem Gewahrsam befinden.

Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an:

Mr. Mohsin Naqvi
Ministry of Interior · R Block, Pak Secretariat
Islamabad · PAKISTAN
Fax: (00 92) 519 212 026 · E-Mail: secretary@interior.gov.pk

Senden Sie eine Kopie an:

BOTSCHAFT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK PAKISTAN
I.E. Frau Saqlain Syedah
Schaperstraße 29 · 10719 Berlin
Fax: (030) 21 24 42 10 · E-Mail: mail@pakemb.de

Im Rundfunk stocken die Verhandlungen

ver.di fordert 10,5 Prozent mehr Gehalt und Honorare



Seit nahezu fünf Monaten werden in den öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern Tarifverhandlungen geführt. Für die Mitarbeiter*innen geht es um gute Tarifierhöhungen. Die Auszubildenden und Volontär*innen kämpfen um höhere Ausbildungsvergütungen und für niedrigere, von den Auswirkungen der Inflation besonders betroffene Tarifgruppen soll es angemessene Mindest erhöhungen geben. Aber die Rundfunkanstalten stellen auf stur: Alle bisherigen Angebote liegen im gleichen, niedrigen Spektrum und lassen keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Forderungen der Gewerkschaften erkennen.

Die Angebote der Rundfunkanstalten folgen alle einem ähnlichen Schema und sind nahezu unverändert geblieben: um die 2,25 Prozent lineare Erhöhung im ersten Jahr und 2,46 Prozent ab dem 1.4.2025 – dies aber nur unter Vorbehalt der Erhöhung des Rundfunkbeitrags. Letzteres wird seitens der Gewerkschaften als falsches politisches Signal gewertet. Sollte die Politik nämlich die Verfassung brechen und damit die Erhöhung des Rundfunkbeitrages vorübergehend blockieren, darf dies nicht die Beschäftigten treffen.

Unter dem Inflationsausgleich

Die Differenz zwischen der ver.di-Forderung und dem Arbeitgeberangebot liegt immer noch bei rund 8,5 Prozent – und das nach zum Teil fünf Verhandlungsrunden! Zieht man die Preissteigerungen in Betracht, wird auch klar, dass die Rundfunkanstalten mit ihren Minimalangeboten nicht einmal einen Ausgleich schaffen.

Dem Zeitspiel der Rundfunkanstalten haben sich die Gewerkschaften von Anfang an entgegengestellt. Die Beschäftigten erwarten von ihren Arbeitgebern einen professionellen Umgang mit ihren Tarifvertragspartnern. Selbst in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes der Länder (eine durch die Rundfunkanstalten immer wieder hinzugezogener Referenz) ist es nach kurzer Zeit professioneller Anstrengung gelungen, einen guten Abschluss zu erzielen. Dass die Verhandler*innen der Rundfunkanstalten hingegen die Tarifverhandlungen verschleppen, löst unter den Mitarbeiter*innen Unverständnis aus.

Den ÖRR erhalten

Als größte Mediengewerkschaft im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist es für ver.di erklärtes Ziel, diesen zu stärken. Dies wird jedoch nur dann gelingen, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Rahmen der Tarifverhandlungen in die festen und freie Mitarbeiter*innen investiert. Nur dann können auch junge Medienschaffende, hochprofessionelle Fachkräfte von morgen, gehalten werden. Mit wem sonst

wollen die Rundfunkanstalten auch in Zukunft ihren Programmauftrag erfüllen und weiterentwickeln?

Die Warnstreiks bei NDR, SWR, WDR, BR und bei Radio Bremen/Bremedia in den vergangenen Wochen und Monaten sind das Resultat dieser Blockade-Haltung der Rundfunkanstalten. Programmänderungen und Ausfälle waren die Folge. Doch die Verhandlungen stocken noch immer.

**ANGEBOT
DER ARD NUR
2,25%**

SWR

Am 10. Juni fand die fünfte Runde der Tarifverhandlungen beim SWR statt. Sie endete ergebnislos, da der Verhandlungsführer Jan Büttner keine Bereitschaft zeigte, das bisherige Angebot von 2,25 Prozent für die ersten 15 Monate, dann möglicherweise weitere 2,46 Prozent für die nächsten 15 Monate zu erhöhen. Insbesondere die Ablehnung eines Inflationsausgleichs und der kategorische Ausschluss einer sozialen Komponente in Form einer Mindesthöhung rief scharfe Kritik der Gewerkschaften hervor.

Zwar brachte der SWR eine zusätzliche Einmalzahlung ins Spiel. Allerdings kann eine solche die inflationsbedingte dauerhaften Preissteigerungen nicht ausgleichen. Deshalb bleibt ver.di bei der Forderung nach einem Inflationsausgleich und deutlichen Erhöhungen für die Auszubildenden und unteren Lohngruppen.

NDR

Bei der fünften Verhandlungsrunde im NDR sieht es ähnlich aus: Auch hier wurde nicht auf die Gehalts- und Honorarforderungen der Gewerkschaften eingegangen. Stattdessen hält der NDR-Verhandlungsführer, Dr. Michael Kühn, an dem bisherigen Angebot einer geringen linearen Erhöhung von 2,25 Prozent für 2024 fest. Eine kurze Laufzeit von 12 Monaten – wie es ver.di gefordert hat – schließt der NDR nach wie vor aus. Mindestens 24 Monate müsse man planen können. Dies erscheint allerdings absurd, da der NDR selbst von einer unsicheren finanziellen Lage ab 2025 spricht. Mit einer kürzeren Laufzeit hätte der NDR die Chance, mit Flexibilität auf die finanzielle Situation reagieren zu können. Auch beim NDR wird die geforderte Mindesthöhung, die vor allem den niedrigeren Vergütungsgruppen zugutekäme, abgelehnt. Eine Einmalzahlung lehnt ver.di im NDR ab, ebenso wie die Möglichkeit, einen zweiten Erhöhungsschritt von der verfassungskonformen Umsetzung der geplanten Rundfunkbeitrags-erhöhung 2025 abhängig zu machen.

WDR

Im WDR sind alle vier Verhandlungsrunden bisher ebenfalls ergebnislos verlaufen. Auch der WDR bietet lediglich eine Erhöhung von 2,25 Prozent bei einer Laufzeit von 30 Monaten an. Unter der Voraussetzung, dass die von der KEF empfohlene Gebührenerhöhung kommt, hatte der WDR zudem eine weitere lineare Erhöhung um 2,46 Prozent zum 1. Januar 2025 angeboten. Auch hier weicht man nicht von der Linie innerhalb der ARD ab. Es kommt erschwerend hinzu, dass der WDR die Gehalts- und Honorarverhandlungen dafür nutzen will, den Honorarrahmen für Freie neu zu verhandeln. Für freie Mitarbeiter*innen würde der vom WDR vorgeschlagene neue Honorarrahmen bedeuten, dass sie Kürzungen von 30 Prozent und mehr ak-

zeptieren müssten. Die Gewerkschaften lehnen Änderungen mit dieser Art Auswirkungen ab und haben für die Verhandlungen zum Honorarrahmen ein neues Strukturmodell vorgelegt.

BR

Vier Verhandlungsrunden hat es ebenfalls beim Bayerischen Rundfunk gegeben. Nicht überraschend, dass auch im Süden die Blockadehaltung der Rundfunkanstalten deutlich wird. Der Tarifforderung nach einer linearen Erhöhung von Gehalt und Honoraren um 10,5 Prozent bei zwölf Monaten Laufzeit steht weiterhin das Angebot einer minimalen Erhöhung – genau wie bei den anderen Rundfunkanstalten – gegenüber: 2,25 Prozent Steigerung zum 01.01.2024 und im Falle der Erhöhung des Rundfunkbeitrages weitere 2,46 Prozent zum 01.01.2025 bei einer Laufzeit eines Tarifvertrags von 30 Monaten. Eventuelle Verhandlungsbereitschaft hatte der BR bisher lediglich bezüglich der Laufzeit signalisiert. Dass das nicht ausreichend ist, haben die Gewerkschaften im BR klar gemacht.

DLR/RB/ BREMEDIA/ MDR/SR

Die jeweiligen Auftaktgespräche und ersten Verhandlungsrunden bei Deutschlandradio, Radio Bremen/Bremedia und dem MDR verliefen bisher alle ergebnislos. Im SR (Laufzeitende war am 31.5.2024) gab es bisher noch keinen Verhandlungstermin. [Martha Richards <<](#)

Anzeige


 HERBERT VON HALEM VERLAG

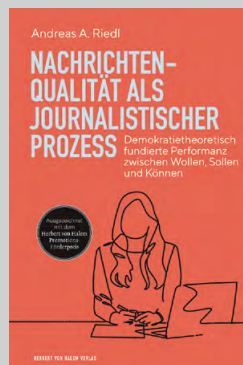
 Komplettes Programm unter <https://www.halem-verlag.de>


KATHARINA SCHMIDT

Der Wundermann Ludwig Erhard.
Mythos, Selbstdarstellung und
Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeit und Geschichte, 14
2024, 628 S., 47 Abb.

ISBN (Print) 978-3-86962-680-2 | 47,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-679-6 | 40,00 EUR
ISBN (ePub) 978-3-86962-706-9 | 40,00 EUR

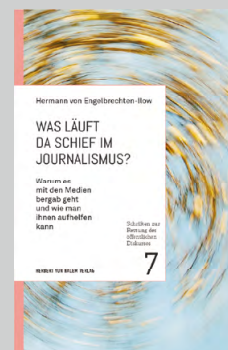


ANDREAS A. RIEDL

**Nachrichtenqualität als
journalistischer Prozess.**
Demokratiethoretisch fundierte Performanz
zwischen Wollen, Sollen und Können

2024, 464 S., 13 Abb., 33 Tab.

ISBN (PRINT) 978-3-86962-662-8 | 42,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-661-1 | Open Access



HERMANN VON ENGELBRECHTEN-ILOW

Was läuft da schief im Journalismus?
Warum es mit den Medien bergab geht
und wie man ihnen aufhelfen kann

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 7
2023, 252 S., 30 Abb.

ISBN (Print) 978-3-86962-672-7 | 24,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-673-4 | 20,99 EUR
ISBN (ePub) 978-3-86962-674-1 | 20,99 EUR



Tarifverhandlungen für Zeitungsjournalist*innen

Bereits Ende Mai haben die Tarifverhandlungen zwischen der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und dem Zeitungsverlegerverband BDZV begonnen. Darin kommen neben Gehalts- und Honorarforderungen erstmals auch Regelungen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zur Sprache.

„Nach mehreren für Zeitungsjournalistinnen und -journalisten nachteiligen Tarifabschlüssen muss der eingetretene Reallohnverlust ausgeglichen werden. Mit 12 Prozent könnte der An-

schluss an die allgemeine Tarifentwicklung wieder hergestellt werden. Neben dem zu füllenden Loch beim Einkommen gibt es weitere drängende Themen in Redaktionen: Die immens gestiegene Arbeitsbelastung nach stetigem Personalabbau und die Sorgen um die journalistische Zukunft, wenn KI intransparent Einzug hält in die Publikationen. KI-Systeme bieten einige Vorteile für die journalistische Arbeit, allerdings müssen Kolleg*innen darüber mitentscheiden können, wo die (transparenten) Grenzen für maschinell generierte Zeitungsinhalte zu setzen sind“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. <<



Neue Anlaufstelle zum Schutz publizistischer Arbeit

Die dju in ver.di unterstützt Journalist*innen, die mit einschüchternden Abmahnungen oder Klagen konfrontiert sind. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis, dem auch die dju angehört, hat eine Anlaufstelle ins Leben gerufen, die Expertise zum Umgang mit juristischen Einschüchterungspraktiken („SLAPP“),

Austausch unter Betroffenen sowie Trainings für Medienschaffende und Jurist*innen bietet.

Das Akronym „SLAPP“ steht für „Strategic Lawsuits Against Public Participation“ und bezeichnet das Phänomen, dass Unternehmen oder reiche Privatpersonen zunehmend juristische Mittel nutzen, um gegen unliebsame Recherchen oder Bericht-

erstattung vorzugehen. Zweck solcher Verfahren ist, die Gegner*innen durch langwierige und teure Prozesse einzuschüchtern und kritische Aufmerksamkeit für bestimmte Sachverhalte zu verhindern. Die dju in ver.di war selbst bereits von einem SLAPP betroffen. „Dass es in einem starken Bündnis mehrerer Organisationen gelungen ist, eine Anlaufstelle einzurichten für Journalistinnen und Publizisten, die mit juristischen Klagen eingeschüchtert werden sollen, ist ein großer Erfolg. Und zeigt, dass das Engagement für eine kritische Öffentlichkeit dann gut gelingt, wenn viele Partner gemeinsam dafür kämpfen“, sagt Tina Groll, Bundesvorsitzende der dju in ver.di. Das Projekt wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. <<



Schlichtung satt Streik bei Cinemaxx

In den Tarifverhandlungen mit CinemaxX konnte trotz harter Verhandlungen und vielen Streiktagen kein Tarifergebnis erzielt werden. Beide Seiten haben sich daher darauf geeinigt, einer Lösung durch Schlichtung näher zu kommen und haben eine Schlichtungsvereinbarung festgelegt. Mit der Schlichtung

wird versucht, auf dem Verhandlungsweg doch noch ein Ergebnis zu erzielen. Dafür wurde nun eine Schlichtungskommission eingesetzt. Sie besteht aus vier ver.di-Vertreter*innen (davon drei ehrenamtliche Kolleg*innen aus den Kinos) und vier Vertreter*innen der Arbeitgeberseite.

ver.di und CinemaxX haben sich auf einen unparteiischen Schlichter geeinigt. Er hat den Vorsitz der Verhandlungen und ist damit stimmberechtigt. Bei einem Patt in der Schlichtungskommission gibt seine Stimme den Ausschlag. Am Ende gibt die Schlichtungskommission eine Einigungsempfehlung ab. Über diese Einigungsempfehlung entscheidet dann seitens ver.di die Tarifkommission.

Während der Schlichtung gilt die Friedenspflicht. Das bedeutet, dass es bis zum Ende der Verhandlungen Ende Juli über das Schlichtungsergebnis keine Streiks bei CinemaxX geben wird. <<

Rainer Hachfeld

Karikaturist (1939 – 2024)

Ich konnte die Nachricht erst gar nicht glauben, als ein gemeinsamer Freund anrief. Wir hatten uns doch gerade erst am Telefon über seinen Umzug innerhalb Berlins unterhalten, der ihm schwergefallen war, und für den Sommer gegenseitige Besuche verabredet. Warum bemerkt man immer erst im Nachhinein, dass man Freunde viel zu selten gesehen hat? Dass uns ihre fundierte Meinung zum Weltgeschehen fehlt, wie sie Rainer bis zuletzt in seinen Karikaturen ironisch zugespitzt, genau hinschauend, oft bitterböse, immer pointiert formuliert hat.

Uns verbanden lange Jahre der Zusammenarbeit für die verschiedenen Publikationen der Mediengewerkschaft. Begonnen hat es 1984 mit ersten medienpolitischen Spitzen in der Zeitschrift „HFF – Hörfunk, Fernsehen, Film“ – das war die Mitgliederzeitschrift der RFFU, eine der Vorgängergewerkschaften der IG Medien. Unvergessen für viele sein Titelbild für die Ausgabe 10/87: „Jeder zweite Intendant ist eine Frau“ – mit den für ihn typischen genauen Porträts der Dargestellten. Das kannte man von Rainer Hachfeld bundesweit schon von den treffenden Karikaturen für den „Berliner Extradienst“ (bis 1982), den er entscheidend mitgestaltet hat, nach dem Start beim „Spandauer Volksblatt“, später zeichnete er für „Stern“, „Der Abend“, „Neues Deutschland“ und viele andere, weltweit, viel zur politischen Situation besonders in Lateinamerika.

Das Besondere an der Zusammenarbeit mit Rainer Hachfeld war das gemeinsame Entwickeln von Bildern, seine vielfältigen Ideen bei der Lektüre eines Artikels, für den man die passende optische Umsetzung und Gestaltung suchte, sein Eingehen auf besondere Aspekte und die kreative Umsetzung. So sind fast alle seine Arbeiten für unsere Zeitschriften entstanden – gezielt auf Thema und Intention. Nicht jede*r – vor allem nicht die so Porträtierten – mochte seinen unverwechselbaren besonderen Strich, der die Dinge auf den Punkt brachte.

Bis heute beeindruckten seine aktuellen jährlichen Jahresrückblicke mit politischen Karikaturen. Denn gezeichnet hat er bis zum Schluss – nicht nur aus Leidenschaft, sondern auch aus ökonomischer Notwendigkeit. Die finanzielle Situation von Karikaturisten war und ist zu Lebzeiten und vor allem im Alter oft prekär. Das zu ändern, dafür hat sich Rainer Hachfeld lange Jahre als Vertreter der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in der VG Bild-Kunst für die Interessen seiner Berufskollegen eingesetzt, sich zuletzt bis 2004 im Sozialwerk der VG Bild-Kunst engagiert. Danke Rainer, auch dafür!

Ulrike Maercks-Franzen <<



Rainer Hachfeld wurde 1939 in Ludwigshafen geboren. Er studierte an der Meisterschule für Kunsthandwerk in Berlin Zeichentrickfilm und Bühnenbild, war Bühnenbildner, Autor und politischer Karikaturist. Er zeichnete u.a. für den Stern, Konkret, Neues Deutschland, die französische Le Monde und für M.

Impressum

M 2/2024 Jhg. 73

Menschen Machen Medien

Das medienpolitische Magazin von verdi erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: <https://mmm.verdi.de>

Herausgeber: verdi Bundesvorstand, Frank Werneke, verdi-Vorsitzender, Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

Redaktion: verdi Bundesverwaltung M Redaktion, Julia Hoffmann (verantwortl.), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Tel: 030 / 69 56 23 26 Fax: 030 / 69 56 36 57 Julia.Hoffmann@verdi.de twitter.com/Mx3_Online www.facebook.com/menschenmachenmedien – www.instagram.com/menschenmachenmedien/ Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54. anzeigen@ask-berlin.de. Ansprechpartnerin: Simone Roch. Tel. 030/740 73 16 32. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 28 gültig ab 1.1.2023.

Abonnement: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt. Tel 0711/700 15–30, service@verlag-weinmann.com Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive MwSt.).

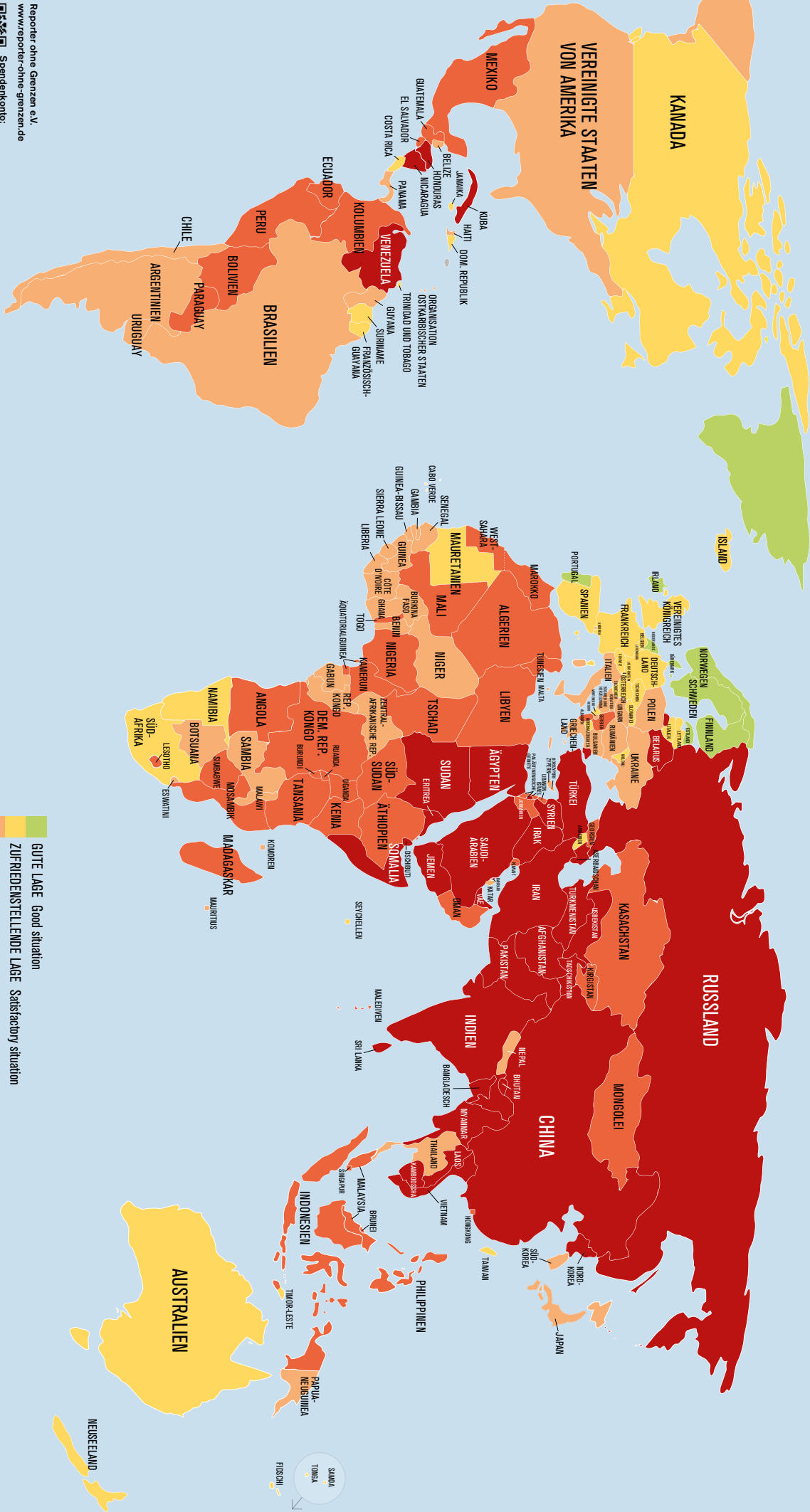
verdi-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de
Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, Marktweg 42–50 47608 Geldern
Redaktionsschluss M:
M 02.2024: 03.06.2024
M 03.2024: 30.08.2024

Intern. Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

FREEDOM OF THE PRESS WORLDWIDE 2024

Reporter ohne Grenzen e.V.
 www.reporter-ohne-grenzen.de
 Spendenkonto:
 IBAN DE26 1 009 0000 5667 7770 80
 BIC BETODE33
 Berliner Volksbank
 © Reporters sans frontières



PRESSEFREIHEIT WELTWEIT 2024

